



40. Sitzung

Donnerstag, 29. September 2005

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Bettina Bliebenich und Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe

Inhalt:

Mitteilung der Präsidentin	2043 A	Dr. Andrea Hilgers SPD	2049 D
Fortsetzung der Tagesordnung	2043 A		
Fragestunde	2043 A	Bäderversorgung in Hamburg	
Untersuchung von Leistungen, Motivation und Einstellungen		Dr. Verena Lappe GAL	2049 D, 2051 A, B
Egbert von Frankenberg CDU	2043 A-C	Dr. Herlind Gundelach, Staatsrätin	2050 A-D, 2051 A-D 2052 A-D, 2053 A-D, 2054 A-C
Dr. Reiner Schmitz, Staatsrat	2043 B, C	Jens Kerstan GAL	2050 A, 2052 A, B
Aufsichtsrat der Hamburg Port Authority		Claudius Lieven GAL	2050 B
Wolfgang Marx SPD	2043 D, 2044 B	Christa Goetsch GAL	2050 C
Gunther Bonz, Staatsrat	2044 A-D, 2045 A, B	Dr. Monika Schaal SPD	2050 D, 2051 D
Jens Kerstan GAL	2044 C, D	Hans-Christoff Dees SPD	2050 D, 2054 C
Gesine Dräger SPD	2044 D, 2045 B	Britta Ernst SPD	2051 C
Ingo Egloff SPD	2045 A, B	Doris Mandel SPD	2051 D, 2052 A
Unterrichtsausfall		Christian Maaß GAL	2052 B
Christa Goetsch GAL	2045 C, D	Gesine Dräger SPD	2052 C
Dr. Reiner Schmitz, Staatsrat	2045 D, 2046 A-D 2047 A, B, D, 2048 A-D, 2049 A-D	Dr. Willfried Maier GAL	2052 D
Manuel Sarrazin GAL	2046 A, B	Dr. Till Steffen GAL	2053 A
Wilfried Buss SPD	2046 C, 2047 A	Dr. Andrea Hilgers SPD	2053 B
Dr. Willfried Maier GAL	2047 A, C	Manuel Sarrazin GAL	2053 B, 2054 A
Christiane Blömeke GAL	2048 A, 2049 A	Dr. Reiner Schmitz, Staatsrat	2053 D, 2054 A, D
Gerhard Lein SPD	2048 B	Farid Müller GAL	2054 A
Gudrun Köncke GAL	2048 B, D	Uwe Grund SPD	2054 B
Ingo Egloff SPD	2049 A	Lars Dietrich CDU	2054 B, C
Robert Heinemann CDU	2049 B, C	Sabine Boeddinghaus SPD	2054 D
		Große Anfrage der Fraktion der GAL:	
		Zukunft des Radverkehrs in Hamburg	
		– Drs 18/2694 –	2055 A
		Jörg Lüthmann GAL	2055 A, 2062 B
		Klaus-Peter Hesse CDU	2057 B

Manuel Sarrazin GAL	2057 C
Martina Gregersen GAL	2059 A
Karin Timmermann SPD	2060 B
Dr. Michael Freytag, Senator	2061 B
Besprechung erfolgt	2062 D

Antrag der Fraktion der CDU:

**Unbefristete Verlängerung der
HVV-Nachtfahrten an Wochenenden
und gesetzlichen Feiertagen**

– Drs 18/2872 –	2062 D
André Trepoll CDU	2062 D
Karin Timmermann SPD	2064 A
Jörg Lüthmann GAL	2064 B
Dr. Michael Freytag, Senator	2064 C
Beschlüsse	2064 D

Große Anfrage der Fraktion der SPD:

Mitwirkung von Eltern in Schulen

– Drs 18/2321 –	2064 D
Sabine Boeddinghaus SPD	2065 A
Marita Meyer-Kainer CDU	2066 C
Christa Goetsch GAL	2067 C
Alexandra Dinges-Dierig, Senatorin	2068 A
Beschluss	2069 A

Senatsantrag:

**Verleihung des Ehrenbürgerrechts an
Herrn Professor Dr. Helmut Greve und
Frau Professor Dr. h. c. Hannelore Greve**

– Drs 18/2814 –	2069 A
Ole von Beust, Erster Bürgermeister	2069 B
Bernd Reinert CDU	2070 B
Michael Neumann SPD	2070 C
Christa Goetsch GAL	2071 B
Beschluss	2072 A

A Beginn 15.03 Uhr

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Meine Damen und Herren! Nehmen Sie bitte Platz.

Die Sitzung ist eröffnet.

Wir kommen sogleich zur

Fragestunde

Als erstes der Abgeordnete Egbert von Frankenberg.

Egbert von Frankenberg CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Behörde für Bildung und Sport hat zum Schuljahr 2002/2003 erstmals die Untersuchung von Leistungen, Motivation und Einstellungen – kurz: ULME – der Schülerinnen und Schüler zu Beginn ihrer Ausbildung in Beruflichen Schulen durchgeführt, woran rund 13 000, also über 80 Prozent der fast 16 000 neuen Schülerinnen und Schüler in Berufsschulen und in voll- oder teilqualifizierenden Berufsfachschulen an der Untersuchung teilgenommen haben.

Ich frage: Wird die Behörde für Bildung und Sport hierzu Fortsetzungsuntersuchungen durchführen, die den unter ULME 1 zu Beginn der Ausbildung erhobenen Jahrgang und Personenkreis zum Ende seiner Berufsschulphase erneut zum bekannten Fragenkatalog befragen? Wenn ja, wann werden die Ergebnisse hierfür vorliegen?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Herr Staatsrat Dr. Schmitz.

B Staatsrat Dr. Reiner Schmitz: Frau Präsidentin, Herr Abgeordneter, meine Damen und Herren! Die Behörde für Bildung und Sport hat bereits zwei Folgeuntersuchungen zu ULME I durchgeführt, nämlich ULME II und ULME III.

ULME II war eine Folgeuntersuchung in teilqualifizierenden Bildungsgängen, die im Frühjahr 2004 an Berufsfachschulen mit dem bekannten Fragenkatalog und zusätzlich einem berufsspezifischen Test durchgeführt wurde.

ULME III war eine Folgeuntersuchung in 17 ausgewählten Berufen der Berufsschule. Diese wurde im Frühjahr 2005 durchgeführt. Sie hatte neben dem bekannten Fragenkatalog einen berufsübergreifenden Englischtest und jeweils für die 17 Berufe einen berufsspezifischen Test.

Die Ergebnisse von ULME II werden Ende dieses Jahres und die Ergebnisse von ULME III voraussichtlich im Herbst 2006 vorliegen.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Eine Zusatzfrage des Abgeordneten von Frankenberg.

Egbert von Frankenberg CDU: Frau Präsidentin! Ist geplant, diese Erhebungen in standardisierter Form für alle neuen Jahrgänge fortzuführen?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Herr Staatsrat.

Staatsrat Dr. Reiner Schmitz: Die ULME-Untersuchungen sind Untersuchungen, die sich als Fortsetzungsuntersuchungen auf die LAU-Erhebungen beziehen, die sich bekanntermaßen in einem Jahrgang der Klassen 5, 7, 9, und 11 sowie jetzt eben in den verschiedenen ande-

ren Stationen ihrer schulischen oder auch berufsschulischen Laufbahn befinden. Das heißt, die ULME-Untersuchungen selbst sind Fortsetzungsuntersuchungen der LAU-Erhebungen.

Wir haben parallel zu ULME in den allgemein bildenden Schulen sowie auch in den Wirtschafts- und technischen Gymnasien LAU 11 und LAU 13 durchgeführt. Hiermit ist sozusagen diese Sequenz abgeschlossen.

Ob wir noch eine neue Untersuchungsreihe oder Untersuchungen für den Berufsschulbereich auflegen werden, ist noch nicht entschieden.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Letzte Frage des Abgeordneten von Frankenberg.

Egbert von Frankenberg CDU: Ist eine weiterführende Befragung der Schülerinnen und Schüler nach Abschluss ihrer Berufsausbildung denkbar und sinnvoll?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Herr Staatsrat.

Staatsrat Dr. Reiner Schmitz: Wir haben darüber nachgedacht, wissen aber nicht, wie wir das mit wissenschaftlich vertretbaren Methoden werden durchführen können. In der Tat wäre es interessant, diesen Jahrgang weiter zu verfolgen. Aber schon jetzt muss man feststellen, dass sich die Schüler dieses Jahrgangs mehr und mehr verlieren. Wir haben schon in ULME I feststellen müssen, dass neben den Hamburger Schülern dieses Jahrgangs viele Hamburger Schüler anderer Jahrgänge dazwischen waren und auch viele Schüler aus dem Umland. Das wird sich erst recht fortsetzen, wenn wir diese ehemaligen Schülerinnen und Schüler dann im Studium und Beruf weiter untersuchen.

Daher glaube ich eher, dass diese Untersuchungsreihe erst einmal ihren Abschluss finden wird. Allerdings wird es im Bereich der beruflichen Schulen in anderen Bildungsgängen, die wir jetzt in weiteren Berufen nicht untersucht haben, sicherlich Fortsetzungsuntersuchungen geben.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir hierzu nicht vor.

Dann kommen wir zur zweiten Frage und zum Abgeordneten Marx.

Wolfgang Marx SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Für den Aufsichtsrat der Hamburger Port Authority hat der Senat den ehemaligen Bausenator Mario Mettbach benannt, obwohl dieser als Hafenpolitiker nie tätig war.

Erstens: Welche speziellen Kenntnisse qualifizieren Herrn Mettbach für dieses Amt?

Zweitens: Plant der Senat wegen des Hafensicherheitsgesetzes nun auch die ehemaligen Innensenatoren Schill und Nockemann in den Aufsichtsrat der HPA zu entsenden?

(Beifall bei *Wilfried Buss* SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Herr Staatsrat Bonz.

C

D

- A **Staatsrat Gunther Bonz:** Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Abgeordneter Marx! Hinsichtlich des Aufgabenspektrums der Hamburg Port Authority verweise ich auf die Drucksache 18/2332. Das ist die Drucksache, in der das Gesetz zur Hamburg Port Authority der Bürgerschaft vorlag und beschlossen worden ist. Danach bestehen die wesentlichen Aufgaben der Port Authority neben den unmittelbaren Hafenaufgaben – das ist Paragraph 3 Absatz 1 – in der Schaffung der entsprechenden auch öffentlichen Infrastruktur im Hafen und im Hinterland sowie in der Überwachung der Hochwasserschutzanlagen des privaten und öffentlichen Hochwasserschutzes sowie wegerechtlicher und Straßenbaumaßnahmen.

Vor diesem Hintergrund der Aufgaben ist ein ehemaliger Senator, der für Fragen des Verkehrs und auch in der Baubehörde zuständig war, sehr geeignet, zumal Herr Mettbach in folgenden Aufsichtsräten tätig war, wie in der HGV, in der Wohnungsbaukreditanstalt, in der Hamburger Hochbahn Aktiengesellschaft – dort sogar als Vorsitzender des Aufsichtsrats –, in der Hamburgischen Landesbank und bei der SAGA, der GWG. Eine Zeit lang war er auch bei der HHLA, in der HafenCity und auch bei der Projektierungsgesellschaft Finkenwerder im Aufsichtsrat tätig.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Ach, da ist auch Beton im Spiel!)

Insofern besteht neben diesen umfänglichen Kenntnissen und Erfahrungen gerade bei der Neueinrichtung der Port Authority als Anstalt öffentlichen Rechts, die ab 1. Oktober 2005 in Kraft tritt, die Gewährleistung der entsprechenden Erfahrungen und ist eine Substanz, die sinnvoll ist. Das ist der erste Punkt.

- B Die Aufgaben des Aufsichtsrates nach dem Port Authority-Gesetz beinhalten außerdem, der Geschäftsführung neben Aufsichtsmaßnahmen auch Rat in dem Zusammenhang zu geben, den ich soeben dargestellt habe.

Insofern ist die aus Ihrer Sicht notwendige Qualifikation ohne Zweifel in jedem Umfang gegeben.

(Erhard Pumm SPD: Jetzt sind wir schwer überzeugt!)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Eine Zusatzfrage von Herrn Marx.

Wolfgang Marx SPD: Bevor ich meine Zusatzfrage stelle, bitte ich um Antwort auf meine zweite Frage.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Wenn der Senat so antwortet, wie er antwortet, kann ich hier leider auch nichts ändern. – Ja, Herr Staatsrat Bonz?

Staatsrat Gunther Bonz: Zur zweiten Frage: Der Aufsichtsrat wird ebenfalls nach dem Gesetz für vier Jahre bestellt. Die Aufsichtsratsmitglieder sind bestellt. Insofern kann ich Ihre Frage mit nein beantworten.

(Michael Neumann SPD: Das machen wir dann!)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Eine Zusatzfrage des Abgeordneten Marx.

Wolfgang Marx SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Staatsrat! Welche Aufwandsentschä-

digung beziehungsweise welche Entschädigung ist für Aufsichtsratsmitglieder in der HPA vorgesehen?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Herr Staatsrat.

Staatsrat Gunther Bonz: Derzeit nur das übliche Sitzungsgeld, wie auch in anderen Aufsichtsräten. Nach meinem Kenntnisstand sind das, glaube ich, 40 Euro pro Sitzung. Aber ich kann das gern zu Protokoll nehmen und nachliefern.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Eine Zusatzfrage von Herrn Kerstan.

Jens Kerstan GAL: Herr Staatsrat, Sie haben gerade die Tätigkeiten von Herrn Mettbach in verschiedenen Aufsichtsräten geschildert, die ihn auch für den Aufsichtsrat der HPA qualifizieren würde. Stimmen Sie mir zu, dass es einen weiteren ehemaligen Senator gibt, der wesentlich länger im Amt war und auch in allen diesen Gremien sitzt, nämlich Herr Eugen Wagner? Wäre er nicht wesentlich qualifizierter als Herr Mettbach?

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Herr Staatsrat.

Staatsrat Gunther Bonz: Frau Präsidentin, Herr Abgeordneter Kerstan! Es gibt in der Geschichte Hamburgs eine Vielzahl von Senatoren und ehemaligen Senatoren.

(Michael Neumann SPD: Kein Eugen Wagner! – Dr. Andrea Hilgers SPD: Es gibt nur einen! – Hans-Detlef Roock CDU: Das würde er nicht mehr auf die Reihe kriegen!)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Eine Zusatzfrage von Herrn Kerstan.

Jens Kerstan GAL: Herr Staatsrat, neben der Berufung des gescheiterten Ex-Schill-Senators Herrn Mettbach haben Sie unter anderem auch Kundeninteressenvertreter der HPA in den Aufsichtsrat berufen. Halten Sie es wirklich für sinnvoll, dass Kundenvertreter im Aufsichtsrat der HPA über Preis, Mieten und Pachten entscheiden, die sie dann selber als Kunden an die HPA zu entrichten haben?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Herr Staatsrat.

Staatsrat Gunther Bonz: Frau Präsidentin, Herr Abgeordneter! Ich kann dieser Ausführung nicht folgen, da entsprechende Kundeninteressenvertreter, wie Sie sie bezeichnen, nicht Mitglied im Aufsichtsrat der Port Authority sind.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Eine Zusatzfrage von der Abgeordneten Dräger.

Gesine Dräger SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Staatsrat! Nochmals zu Herrn Mettbach und der Vielzahl von hamburgischen Senatoren. Welche besonderen Verdienste oder Erfolge aus seiner Amtszeit qualifizieren denn Herrn Mettbach über das Maß aller anderen Senatoren hinaus für eine Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der HPA?

A (Dr. Andrea Hilgers SPD: Die Quietscheente!)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Herr Staatsrat.

Staatsrat Gunther Bonz: Frau Präsidentin, Frau Abgeordnete! Ich hatte soeben die Aufgaben der Port Authority dargestellt und dass es sich um die größte Ausgliederung im Hafenbereich in der Nachkriegsgeschichte handelt. Diese Port Authority wird am 1. Oktober 2005, also am kommenden Dienstag, die Arbeit aufnehmen.

Im Hinblick auf diese große Umstrukturierung ist es zweckmäßig, einen so genannten unmittelbaren Sachverstand zu haben und nicht einen Sachverstand von ehemaligen Senatoren, die vielleicht in den Siebziger- oder Achtzigerjahren tätig gewesen sind.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Eine Zusatzfrage von Herrn Egloff.

Ingo Egloff SPD: Herr Staatsrat, Sie haben soeben gesagt, dass kein Vertreter der Kunden im Aufsichtsrat sitzt. Wie qualifizieren Sie denn die Mitgliedschaft von Herrn Papenhagen, dem Vorsitzenden des Unternehmensverbandes Hafen?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Herr Staatsrat.

Staatsrat Gunther Bonz: Frau Präsidentin, Herr Abgeordneter Egloff! Nach meinem Kenntnisstand ist Herr Papenhagen am 1. Oktober 2005, wenn die Tätigkeit der Port Authority und damit die Aufsichtsrats-tätigkeit beginnt, nicht Präsident des Unternehmensverbandes Hafen Hamburg.

B

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Frau Dräger, bitte.

Gesine Dräger SPD:* Noch einmal zurück zu Herrn Mettbach. Ist die Initiative für die Mitgliedschaft beziehungsweise die Berufung von Herrn Mettbach in den Aufsichtsrat von Herrn Mettbach selbst oder vom Senat ausgegangen?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Herr Staatsrat.

Staatsrat Gunther Bonz: Die Initiative ist in dem hierfür vorgesehenen Verwaltungsverfahren entstanden und vom Senat beschlossen.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Eine Zusatzfrage von Herrn Egloff.

Ingo Egloff SPD: Frau Präsidentin, Herr Staatsrat! Angesichts der Tatsache, dass Herr Papenhagen in der Anhörung des Wirtschaftsausschusses als Interessensvertreter der Hafenwirtschaft aufgetreten ist und sich sehr wohl zu Pachten und Mieten geäußert hat, halten Sie das nicht nur für eine formale Unterscheidung, dass er am 1. Oktober 2005 nicht mehr Vorsitzender des Unternehmensverbandes Hafen ist?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Herr Staatsrat.

Staatsrat Gunther Bonz: Frau Präsidentin, Herr Abgeordneter Egloff! Zum Ersten ist er in der Anhörung als

Sachverständiger und nicht als Interessensvertreter aufgetreten

C

(Lachen bei der SPD und der GAL)

und zum Zweiten ist Herr Papenhagen, wie ich bereits erwähnte, ab 1. Oktober 2005 in der entsprechenden unternehmerischen Verantwortung im Hafen nicht tätig. Gerade in der jetzigen Startphase kommt es in der Port Authority auf Sachverstand intern und extern, also auch über Hamburg hinaus, an. Das ist auch mit der Benennung von Rüdiger Grube in den Aufsichtsrat erfolgt, um den Blick über den Tellerrand hinaus und nicht nur aus der Verwaltungssicht zu bewerkstelligen. Das ist eine der wesentlichen Aufgaben des Aufsichtsrates in dem Element "Rat" zu geben.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir zu der Frage nicht vor.

Dann kommen wir zur dritten Frage von Frau Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin! Mit Beschluss am 25. Mai hat die Bürgerschaft einstimmig den Senat ersucht, im Zeitraum November 2005 bis Januar 2006 eine umfassende Erhebung zum Unterrichtsausfall durchzuführen und bis Mitte 2006 der Bürgerschaft zu berichten.

Meine erste Frage lautet: Welche Vorbereitungen hat der Senat unternommen, damit die Erhebung im November 2005 gestartet werden kann und wie wurden die Schulen darüber informiert?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Herr Staatsrat Dr. Schmitz.

D

Staatsrat Dr. Reiner Schmitz: Frau Abgeordnete, die Behörde für Bildung und Sport wird die Untersuchung oder besser gesagt die Erhebung vom 6. November 2005 bis zum 27. Januar 2006 in Hamburgs Schulen durchführen.

Sie wird sich dabei, um die Vergleichbarkeit mit der Erhebung des Jahres 2001 herzustellen, einerseits der damaligen Erhebungsinstrumente bedienen und wird darüber hinaus zusätzliche Erhebungsinstrumente, beispielsweise zur Nutzung der durch das Lehrerarbeitszeitmodell zur Verfügung gestellten 38 Vertretungsstunden pro Lehrerstelle im Jahr, in die Erhebung mit einfügen.

Die Schulen werden am 17. Oktober, also drei Wochen vor Beginn der Erhebung, über die Erhebung informiert. Gleichzeitig werden ihnen die Fragebögen mit den entsprechenden Anleitungen zugehen.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Ihre zweite Frage Frau Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Geht der Senat weiterhin davon aus, dass, wie er zuletzt festgestellt hat, der Unterrichtsausfall minimiert sei – das betrifft die Drucksache 18/1903 – und hat er dennoch zusätzlich Maßnahmen zum Schuljahr 2005/2006 zur Vermeidung von Unterrichtsausfall ergriffen?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Herr Staatsrat.

- A **Staatsrat Dr. Reiner Schmitz:** Der Senat geht weiterhin davon aus, dass sich der Unterrichtsausfall minimiert. Wir haben inzwischen hierüber auch zumindest partielle Untersuchungen durchgeführt.

Wir können beispielsweise zeigen, dass sich in einem unserer gymnasialen Schulkreise, in dem wir eine solche andauernde Untersuchungen durchgeführt haben, der Unterrichtsausfall im Beobachtungszeitraum seit dem ersten Halbjahr des Schuljahres 2001/2002 – hier betrug er 4,17 Prozent – auf 2,61 Prozent im ersten Halbjahr 2004/2005 minimiert hat.

Das sind allerdings – wie ich gern eingestehe – nur Ausschnittsuntersuchungen. Um ein vollständiges Bild zu erhalten und den Unterrichtsausfall des Jahres 2001 mit dem gegenwärtigen Zustand vergleichen zu können, werden wir dem bürgerschaftlichen Ersuchen folgend um die Jahreswende, also in dem von mir vorhin benannten Zeitraum, eine erneute Untersuchung durchführen, die sich sowohl vom Zeitraum, als auch von der Länge dann sehr gut mit der Untersuchung des Jahres 2001 vergleichen lässt.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Eine Nachfrage von Herrn Sarrazin.

Manuel Sarrazin GAL: Sie stimmen also zu, dass die Zahlengrundlage oder die Fallgröße, die zu Ihrer Aussage geführt hat, der Unterrichtsausfall sei minimiert, nicht groß genug ist, um diese Aussage eigentlich wirklich begründet zu treffen?

- B **Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Herr Staatsrat.

Staatsrat Dr. Reiner Schmitz: Wenn das die einzige Basis für die Vermutung wäre, dann würde ich Ihnen zustimmen.

Wir haben allerdings – und das lässt sich nachweisen – die Mittel für die Vertretung von drohendem Unterrichtsausfall in den letzten Jahren sehr deutlich erhöht. Das geht einmal schon aus der Anfrage hervor, auf die Frau Goetsch sich vorhin bezogen hat. Das kommt im Übrigen ganz besonders dadurch zustande, dass wir durch die geregelte Vertretungspflicht einer jeden Lehrkraft im Arbeitszeitmodell ein enormes zusätzliches Vertretungspotenzial gewonnen haben.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass es vor dieser Arbeitszeitregelung lediglich die so genannte Mehrarbeitsregelung gab, die den Beamten dazu verpflichtete, unter Umständen drei Stunden im Monat Mehrarbeit zu leisten. Jetzt haben wir eine festgelegte wöchentliche Vertretungsstunde pro ganzer Lehrerstelle. Wie ich vorhin schon erwähnte, sind das pro Lehrerstelle im Jahr 38 Vertretungsstunden, die hinzugekommen sind, ohne dass Vertreterstellen gekürzt worden sind. Im Gegenteil, die Vertreterstellen sind zusätzlich auch aufgestockt worden, wie aus der Beantwortung der Großen Anfrage hervorgeht.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Eine Nachfrage von Herrn Sarrazin.

Manuel Sarrazin GAL: Daraus zu folgern wäre ja, dass, wenn Sie aus der Sicht des Senates darstellen, der Unterrichtsausfall sei minimiert, Sie nicht davon ausgehen,

dass eine gewisse Zahl von Unterrichtsstunden pro Monat weniger ausfällt – beispielsweise statt 20 000 nur 5000 oder 1000 Stunden –, sondern dass allein die Durchführung von Maßnahmen, deren Auswirkung noch nicht klar ist und erst untersucht werden muss, bei Ihnen ausreicht, um zu einer festgelegten Darstellung eines minimierten Unterrichtsausfalls zu kommen.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Herr Staatsrat.

Staatsrat Dr. Reiner Schmitz: Ich habe erklärt, dass wir mehrere Gründe zu der Vermutung haben, dass sich der Unterrichtsausfall minimiert hat. Ein Grund hierfür ist beispielsweise, dass ich zumindest im Vergleich zur Vergangenheit in dieser Sache eine deutliche Abnahme der Gravamina von Eltern feststelle.

Da wir uns aber damit nicht zufrieden geben, haben wir vor, eine ordentliche Totalerhebung durchzuführen und diese Erhebung mit dem Stand des Jahres 2001 zu vergleichen. Wir werden dasselbe Erhebungsinstrument anwenden. Insofern wird der Vergleich aus unserer Sicht zumindest valide sein. Ich muss Sie bitten, diese Erhebung dann abzuwarten. Wir werden dem Parlament hierüber berichten.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Eine Nachfrage von Herrn Buss.

Wilfried Buss SPD: Frau Präsidentin, Herr Staatsrat! Sie haben soeben noch einmal diese eine wöchentliche Vertretungsstunde angesprochen, zu der jeder Lehrer im Rahmen des Arbeitszeitmodells verpflichtet ist. Können Sie denn noch einmal darstellen, wie das organisatorisch durchgeführt werden soll, weil hierzu jeder Lehrer vom Stundenplan her mindestens eine Freistunde im Rahmen seines Deputats haben müsste?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Herr Staatsrat.

Staatsrat Dr. Reiner Schmitz: Herr Abgeordneter, die Organisation ist in diesem Fall jeder einzelnen Schule überlassen. Wir haben schon mehrfach Wert darauf gelegt, dass es sich bei dem Lehrerarbeitszeitmodell um ein Jahresarbeitszeitmodell handelt.

Das bedeutet, dass pro ganze Lehrerstelle 38 Vertretungsstunden zur Verfügung stehen. Ob man das in der Weise organisiert, dass jeder Lehrer eine Bereitschaftsstunde in der Woche hat und diese durchführt oder man einer Lehrkraft ein größeres Vertretungskontingent gibt, ist sehr wohl in das Belieben der Schulen gestellt.

Ich kann Ihnen versichern, dass wir die Erhebung auch dazu nutzen werden, "best practice"-Beispiele von Schulen zu erfragen, wie man mit dieser Ressource umgegangen ist.

Ich möchte aber betonen, dass wir zusätzliche Vertreterstellen geschaffen haben, und zwar über das hinaus, was wir an Vertreterstellen immer schon gehabt haben. Wir haben auch die Vertreterstellen, wie man nachlesen kann, um 80 Stellen vermehrt. Wir haben also nicht – damit das klar ist – bei den Vertreterstellen gespart, um diese Ressource zu schaffen, sondern wir haben diese Ressource als Verpflichtung für jede Lehrkraft zusätzlich geschaffen.

C

D

- A **Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Eine Nachfrage von Herrn Buss.

Wilfried Buss SPD: Aber Herr Staatsrat, Sie würden mir doch zustimmen, dass in erster Linie die von Ihnen dargestellten 38 Stunden auf dem Papier stehen und in der Praxis nicht unbedingt ankommen?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Herr Staatsrat.

Staatsrat Dr. Reiner Schmitz: Nein, ich würde Ihnen hier nicht zustimmen wollen. Ich kann nicht unterstellen, dass Schulleitungen unserer Stadt so leichtfertig mit einer so kostbaren Ressource umgehen. Immerhin kostet eine Lehrerstunde, ohne dass man Pensionen und Beihilfen hinzurechnet, 36 Euro.

(*Michael Neumann SPD:* Billiger als ein Handwerker!)

Das hieße ja, dass unsere Schulleitungen pro Lehrerstunde einfach so ohne weiteres Werte in erheblicher Größe verfallen ließen. Das möchte ich unseren Schulleitungen nicht unterstellen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Eine Nachfrage von Herrn Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Herr Staatsrat, vor gut sechs Monaten hat die Mummert Consulting AG mitgeteilt, dass die Schulen organisatorische Schwierigkeiten bei der Ausschöpfung der Vertretungsreserven hätten. Welche Konsequenzen hat die Schulbehörde hieraus gezogen?

B

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Herr Staatsrat.

Staatsrat Dr. Reiner Schmitz: Die Schulbehörde hat hieraus die Konsequenz gezogen, in den Schulkreisitzungen mit den Schulaufsichten und den Schulen darüber zu sprechen, wie man diesen organisatorischen Schwierigkeiten begegnen kann.

Die zweite Konsequenz, die wir hieraus ziehen werden, habe ich vorhin beschrieben. Wir werden uns von den Schulen jetzt mitteilen lassen, welche Modelle sie haben, um mit diesem organisatorischen Problem fertig zu werden. Aus meiner Erfahrung als Schulleiter glaube ich aber, sagen zu können, dass sich die Schwierigkeiten in Grenzen halten, wie mit diesem organisatorischen Problem umgegangen wird.

Aber es hat einen erheblichen Widerstand in der Lehrerschaft gegeben, diese Vertretungspflicht für jedermann anzuerkennen. Das möchte ich, Herr Maier, in der Tat nicht abstreiten. Wir waren uns aber mit vielen in der Öffentlichkeit darüber einig, dass man das Problem Vertretungsunterricht nur so lösen kann, dass man die Vertretungspflicht für jede Lehrkraft im Lehrerarbeitszeitmodell berücksichtigt.

Das ist der Unterschied zu einer bisher in allen anderen Bundesländern und auch bis dato in Hamburg herrschenden Praxis. Dort wurde vorausgesetzt, dass Lehrkräfte ohne irgendeine Berücksichtigung in ihrer Arbeitszeit für eine Vertretung zur Verfügung stehen. Das Lehrerarbeitszeitmodell führt zum ersten Mal aus, dass die Vertretung in der Lehrerarbeitszeit mit abgerechnet ist.

Wenn es dennoch organisatorische Probleme geben sollte, dieses auch an die Schülerinnen und Schüler zu bringen, dann ist das ein Lernprozess, von dem ich persönlich glaube, dass er leistbar ist.

C

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Zweite Nachfrage von Herrn Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Ich möchte das etwas plastischer sehen, wie Sie sich die organisatorische Geschichte vorstellen. Sie haben uns in der Drucksache 18/1903 des Senats mitgeteilt, dass die Vertretungsreserve bei sparsamer Bewirtschaftung...

(Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Herr Dr. Maier, kommen Sie bitte zu Ihrer Frage.

Dr. Willfried Maier (fortfahrend): Ich muss Ihnen doch das Zitat vortragen können, wozu ich frage.

(*Bernd Reinert CDU:* Nach GO nicht!)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Das ist hier eine Fragestunde und Sie stellen bitte Ihre Fragen.

Dr. Willfried Maier (fortfahrend): Ich muss ihm ein Zitat hinsichtlich meiner Frage vortragen dürfen.

Die Frage lautet: Wie muss man sich das jetzt vorstellen, wenn beispielsweise ein Lehrer längere Zeit fehlt. Erhält die Schule dann einen Vertretungslehrer oder muss das aus dieser Vertretungsreserve erwirtschaftet werden?

D

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Herr Staatsrat.

Staatsrat Dr. Reiner Schmitz: Ja, Herr Abgeordneter, wir verfügen über langfristige Vertretermittel in Höhe von knapp 400 Stellen. Wir verfügen über kurz- und mittelfristige Vertretermittel in der Höhe von 100 Stellen. Diese Stellen kommen zusätzlich hinzu und haben nichts mit dieser einen Vertretungspflichtstunde zu tun. Ich verhehle aber nicht meine Überzeugung, dass man auch mit einer Vertretungspflichtstunde pro Woche, die im Jahresarbeitszeitmodell, wie ich vorhin darstellte, 38 Stunden im Jahr darstellt, Reserven bilden könnte, um den nicht gleichmäßig im Jahresverlauf anfallenden Unterrichtsausfall – den kurzfristigen – abzudecken. Das würde dann allerdings voraussetzen, dass bestimmte Lehrkräfte in ihrer Arbeitszeit zu einem gewissen Swing bereit sind.

Ich habe aber auch gesagt, dass es das Modell der Bereitschaftsstunde geben kann. Auch dies wäre eine Lösung, die ganz besonders bei großen Schulen einen zumindest kurzfristigen Unterrichtsausfall sehr wirksam beheben könnte. Wir wissen, dass das viele Schulen inzwischen so organisieren.

Ich glaube, dass wir in der Tat von den Schulen erfahren werden, dass sie sehr unterschiedliche Modelle entwickelt haben. Wir werden Ihnen diese Modelle bei der Beantwortung des bürgerschaftlichen Ersuchens mitteilen. Auf die Frage, wie die Schulen es denn wirklich machen, werden wir dann noch viel besser auskunftsfähig sein als jetzt.

- A **Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Nachfrage von Frau Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Herr Staatsrat, ist dem Senat die Situation am Gymnasium Farmsen bekannt, wo in einer fünften Klasse wöchentlich fünf Unterrichtsstunden ausfallen und dieser Zustand frühestens nächstes Jahr im Februar behoben werden kann?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Herr Staatsrat.

Staatsrat Dr. Reiner Schmitz: Frau Abgeordnete, mir ist dieser Zustand am Gymnasium Farmsen nicht bekannt. Ich habe heute morgen allerdings, um auf diese Fragestunde vorbereitet zu sein, eine aktuelle Umfrage bei der Schulaufsicht gestartet, ob es an irgendeiner Schule solche Fälle gibt. Mir ist kein solcher Fall berichtet worden. Es kann allerdings sein, dass das Gymnasium Farmsen dies aus innerorganisatorischen Gründen so organisiert hat.

(Lachen bei der SPD)

Ich weiß, dass es Fälle gibt, dass beispielsweise nach der Neueinstellung von Lehrkräften in Mangelfächern auswärtige oder auch Hamburger Bewerber in letzter Minute abgesprungen sind. Das geschah allerdings nicht, weil die Stellen nicht vorhanden waren oder weil das Geld nicht vorhanden war, sondern weil der Lehrermarkt für diese Mangelfächer es in so kurzer Zeit nicht hergeben und es in einzelnen Fächern Engpässe gegeben hat. Ich werde aber gerne dem Fall Farmsen nachspüren und Ihnen dann Aufklärung verschaffen.

- B **Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Nachfrage des Abgeordneten Lein.

Gerhard Lein SPD:* Frau Präsidentin, Herr Staatsrat. Bezieht sich die Erfahrung als Schulleiter, auf die Sie vorhin auch rekurriert haben, auf den besonders sensiblen Bereich der Grundschule, wo die Vertretungsregelung besonders problematisch ist?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Herr Staatsrat.

Staatsrat Dr. Reiner Schmitz: Meine Erfahrung als Schulleiter, das wissen Sie, Herr Lein, bezieht sich auf zwei Gymnasien, die ich geleitet habe: ein staatliches und ein privates. Ich verfüge aber gleichzeitig neben meiner Erfahrung als Leiter der Abteilung Schulaufsicht im Amt für Schule auch noch über die Erfahrung als Zuständiger für 17 katholische Grundschulen und deren Organisation von Vertretungsunterricht. Da muss ich sagen, dass wir aufgrund der sehr viel knapperen Versorgungslage, die in den privaten Grundschulen immer noch gegeben ist, auch dort eine vorbildliche Vertretungsregelung hinbekommen haben, die ich gerne staatlichen Grundschulen zur Verfügung stelle.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Eine Nachfrage der Abgeordneten Köncke.

Gudrun Köncke GAL:* Trifft es auch zu, dass in vielen Schulen mehr Lehrer vorhanden sind als an diesen Schulen eigentlich nach dem Zuweisungsschlüssel vorgesehen sind, und werden diese Lehrer auch für den Vertretungsunterricht eingesetzt?

- Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Herr Staatsrat.

C

Staatsrat Dr. Reiner Schmitz: Wir haben in der Tat, um nach Einführung des Arbeitszeitmodells wirklich zu einer hundertprozentigen Versorgung unserer Schulen zu kommen, eine zusätzliche Verlässlichkeitsreserve von 1 Prozent eingestellt. Es kann deshalb durchaus sein, dass es Standorte gibt, die – bezogen auf ihre Bedarfsgrundlagen – über 100 Prozent versorgt sind. Es gibt eine erkleckliche Zahl. Diese Standorte können in freier Verfügung über diese Zeit entscheiden, ob sie diese Zeit von Anfang an für den Grund- und Wahlunterricht einsetzen oder ob sie sich damit eine Vertretungsreserve schaffen. Tatsache ist aber, wenn sie sich dafür entscheiden, die gesamte ihnen zur Verfügung stehende Ressource für Grund- und Wahlunterricht zu verwenden, dass sie dann im Falle eines Vertretungsengpasses aufgefordert werden, zunächst diese Überversorgung dazu zu nutzen, ihre Vertretungsprobleme zu lösen. Das kann dann in der Regel auch dazu führen, dass bestimmte Angebote, die man gemacht hat, aufgrund einer Verknappung nicht weitergeführt werden können. Das liegt dann aber daran, dass sich alle Beteiligten darauf verständigt haben, dass es gut ist, eine Ressource, die man vom Anfang des Jahres zur Verfügung hat, voll zu verwenden und nicht etwas zurückzulegen für den Fall des Vertretungsunterrichts. Beides ist also möglich, sowohl dass man etwas zurücklegt, zum Beispiel einzelne Lehrkräfte in einem Swing Arbeitszeit sammeln lässt, um sie dann zur Verfügung zu stellen, als auch indem man es anders organisiert.

- Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Zweite Nachfrage von Frau Köncke.

D

Gudrun Köncke GAL:* Gibt es für diese Lehrer oder für diese Schulen einen klaren Verteilungsschlüssel? Wie lange sind diese Schulen in der glücklichen Lage ...

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Sie haben noch eine Frage. Formulieren Sie es bitte so.

Gudrun Köncke (fortfahrend): Gibt es einen Verteilungsschlüssel und wie lange stehen die Lehrer der Schule zur Verfügung?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Herr Staatsrat.

Staatsrat Dr. Reiner Schmitz: Es gibt zunächst eine glasklare Lehrerzuweisung in Hamburg, die darin besteht, dass die Lehrer auf den jeweils einzelnen Schüler bezogen zugewiesen werden. Weil es durch Ummeldungen und Neuzugänge Veränderungen gibt, machen wir jedes Mal nach Auswertung der Herbststatistik noch eine Nachsteuerung, sodass wir Schulen, die durch Organisationsmaßnahmen wider Erwarten mehr Schüler bekommen haben, auch nachträglich Ressourcen zukommen lassen.

Darüber hinaus betreffen die festen Vertreterstellen solche Kolleginnen und Kollegen, die langfristig erkrankt sind. Für die haben wir, wie gesagt, die 400 Stellen zur Verfügung, die den Schulen langfristig zugeteilt sind. Weiterhin haben wir – früher nannten wir sie die Raab-Mittel, die im Laufe der Jahre aufgestockt worden sind, auch dieser Senat hat sie noch einmal aufgestockt – insgesamt Mittel für kurz- und mittelfristigen Unterrichtsausfall in Höhe von etwa 100 Stellen.

- A **Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Nachfrage des Abgeordneten Egloff.

Ingo Egloff SPD: Herr Staatsrat, mag die Situation am Gymnasium Farmsen vielleicht daher rühren, dass statt der erforderlichen und ursprünglich zugesagten zwölf Lehrerstellen nur fünfeinhalb Zuweisungen erfolgt sind?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Herr Staatsrat.

Staatsrat Dr. Reiner Schmitz: Ich muss noch einmal wiederholen, dass ich über die Situation am Gymnasium Farmsen trotz meiner aktuellen Erkundungen nicht informiert bin.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Zweite Nachfrage von Frau Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Herr Staatsrat, halten Sie folgenden Vorgang für sinnvoll, wenn in einer neunten Klasse über drei Monate der Geschichtsunterricht ausfällt und die Schulaufsicht nur aufgrund von Elternbeschwerden reagiert, indem sie zwar netterweise sagt, dieser Unterricht muss in Jahrgang zehn nachgeholt werden, was aber nur auf Kosten des Bestandes der Schule geschehen kann und dazu führt, dass der Unterricht in anderen Klassen ausfällt?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Herr Staatsrat.

- B **Staatsrat Dr. Reiner Schmitz:** Wir werden nicht nur erheben, ob der Grundunterricht in voller Stundenzahl erteilt wird, sondern auch erheben, wieweit der Fachunterricht erteilt werden konnte.

Ich bin aber durchaus der Ansicht – ich weiß nicht, ob das bei Ihrem Beispiel der Fall ist –, dass es sinnvoll sein kann, wenn aufgrund von Krankheit einer Lehrkraft kein Fachunterricht erteilt wird, unter Umständen in einem anderen Fach mehr Unterricht erteilt wird, um den Fachunterricht im Anschluss nachzuholen.

Es ist nicht immer vernünftig, neue Lehrkräfte in Klassen zu bringen, manchmal ist es vernünftiger, bewährte Lehrkräfte in den Klassen zu lassen und dann Fachunterricht nachzuholen. Mir geht es vor allen Dingen darum, dass zunächst einmal die Grundstunden, die unseren Schülern zustehen, erteilt werden. Wenn beispielsweise der Geschichtslehrer erkrankt und der Deutschlehrer anstelle von drei oder vier Stunden fünf oder sechs Stunden unterrichtet und später dieser Geschichtsunterricht in irgendeiner Form nachgeholt wird, ist das meiner Meinung nach durchaus eine vertretbare Organisation.

Ich könnte es schlecht vertreten, wenn dieser Unterricht ersatzlos ausfallen würde.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Nachfrage des Abgeordneten Heinemann.

Robert Heinemann CDU: Herr Staatsrat, von wann stammt die aktuell geltende Richtlinie zur Vermeidung von Unterrichtsausfall?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Herr Staatsrat.

Staatsrat Dr. Reiner Schmitz: Die aktuelle Richtlinie zur Vermeidung von Unterrichtsausfall stammt aus dem Jahre 1999.

(Ingo Egloff SPD: Ha, ha!)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Eine weitere Nachfrage des Abgeordneten Herr Heinemann.

Robert Heinemann CDU: Herr Staatsrat, es gibt eine Untersuchung, die Frau Goetsch vorhin zitiert hat, die nun wiederholt wird. Waren die Ergebnisse unter Rotgrün so rosig, wie es gerade hier dargestellt wird?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Herr Staatsrat.

Staatsrat Dr. Reiner Schmitz: Unterrichtsausfall und die Organisation von Vertretungsunterricht war immer ein Problem. Vielleicht habe ich vorhin nicht die ganz korrekte Zeit genannt, aber mit Sicherheit wurde die Vertretungsrichtlinie zur Regierungszeit von Frau Raab eingeführt. Ich weiß das so genau, weil ich für diese Vertretungsrichtlinie 18 Entwürfe geschrieben habe.

(Heiterkeit bei der SPD – Dr. Martin Schäfer SPD: Mein Gott, 18 Versuche!)

Diese Vertretungsrichtlinie war eine Reaktion auf ein breit diskutiertes Problem, den Unterrichtsausfall in dieser Stadt.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Frau Dr. Hilgers.

Dr. Andrea Hilgers SPD:* Frau Präsidentin! Herr Staatsrat, eine Äußerung von Ihnen erfordert Klärung. Wo lagern die Schulen zurückgelegte Lehrkräfte und wie werden diese nach Lagerung wieder in den Lehrbetrieb integriert?

(Heiterkeit bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Herr Staatsrat.

Staatsrat Dr. Reiner Schmitz: Ich glaube, dass man von A 12-, A 13- und A 14-Bediensteten durchaus einen gewissen Swing in ihrer Arbeitszeit erwarten kann. Mir ist berichtet worden, dass das in allen übrigen Wirtschaftsbereichen gang und gäbe ist.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – Heiterkeit bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir zu der Frage nicht vor.

Dann kommen wir zur Frage vier. Frau Dr. Lappe.

Dr. Verena Lappe GAL: Vielen Dank, Frau Präsidentin. Am 23. September 2005 teilte der Senat mit, dass Altona 2008 ein neues Schwimmbad erhalten soll, ohne jedoch das lange angekündigte Bäderkonzept für Hamburg vorzustellen.

Wann wird das Bismarckbad in Altona geschlossen werden? Wann wird das neue Bäderkonzept für Hamburg der Bürgerschaft und der Öffentlichkeit vorgelegt?

A **Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Staatsrätin Frau Dr. Gundelach.

Staatsrätin Dr. Herlind Gundelach: Frau Präsidentin, Frau Abgeordnete! Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am Freitag vergangener Woche die Geschäftsführung beauftragt, den Betrieb des Bismarckbades mit Wirkung zum 19. Dezember dieses Jahres einzustellen.

Weiterhin hat der Aufsichtsrat in dieser Sitzung erste Eckpunkte dieses Bäderkonzepts diskutiert. Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung gebeten, dieses Konzept bis zur Dezembersitzung weiter zu konkretisieren. Wann die Arbeiten daran endgültig abgeschlossen sein werden, vermag ich Ihnen heute nicht zu sagen.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Nachfrage des Abgeordneten Kerstan.

Jens Kerstan GAL: Frau Staatsrätin, Sie haben gerade erklärt, Ende des Jahres das Bismarckbad zu schließen, und haben davor erklärt, dass im Jahre 2008 das Ersatzbad für das Bismarckbad eröffnet werden soll. Darum stelle ich Ihnen die Frage: Wie soll in den nächsten drei Jahren bis 2008 die Schwimmbadversorgung für Schulen, Vereine und die Menschen im Stadtteil gesichert werden?

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Trockenschwimmen!)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Frau Staatsrätin.

B **Staatsrätin Dr. Herlind Gundelach:** Dies ist entsprechend gesichert. Es gibt Ausweichbäder, auf die diejenigen, die bisher das Bismarckbad genutzt haben, zurückgreifen können. Schulschwimmen hat bisher im Bismarckbad so gut wie nicht stattgefunden.

(Christa Goetsch GAL: Das ist ja gelogen, das ist ja richtiger Schwachsinn!)

Für das Wenige, das stattgefunden hat, sind Ersatzschwimmbäder gefunden worden. Insoweit besteht die Möglichkeit des Rückgriffs auf andere Schwimmbäder.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Zweite Nachfrage von Herrn Lieven.

Claudius Lieven GAL:* Frau Staatsrätin, trifft es zu, dass, wie der "Morgenpost" vom 24. September zu entnehmen war, nach der Eröffnung eines neuen Bades in Altona das Bad in St. Pauli geschlossen werden soll?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Frau Staatsrätin.

Staatsrätin Dr. Herlind Gundelach: Dies trifft nach meiner Kenntnis vom heutigen Tage so nicht zu.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Eine Nachfrage von Herrn Lieven.

Claudius Lieven GAL:* Frau Staatsrätin, wird das Bad in St. Pauli nach der Eröffnung des neuen Bades in Altona im Jahre 2008 erhalten bleiben?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Frau Staatsrätin.

C **Staatsrätin Dr. Herlind Gundelach:** Dies kann ich Ihnen nicht beantworten, da mit Blick auf die von mir bereits erwähnte Aufsichtsratssitzung vom vergangenen Freitag über das Schwimmbad in St. Pauli nicht gesprochen wurde.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Nachfrage von Frau Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Frau Staatsrätin, Sie haben eben behauptet, dass keine Schülerinnen und Schüler im Bismarckbad schwimmen würden. Sind die Theodor-Haubach-Schule, die Schule Rothestraße, die Max-Bräuer-Schule, die Schule Bahnenfelder Straße keine Schulen?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Frau Staatsrätin.

Staatsrätin Dr. Herlind Gundelach: Ich habe mich in meiner Antwort revidiert und gesagt, es hat im Vergleich zu anderen Schwimmbädern nur relativ wenig Schwimmunterricht im Bismarckbad stattgefunden.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Zweite Nachfrage von Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Für wie viele Schulen trifft es zu, dass Sie sagen, ein Bad wird viel oder wenig von Schulen benutzt?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Frau Staatsrätin.

D **Staatsrätin Dr. Herlind Gundelach:** Das Schwimmbad in Wandsbek wird zum Beispiel sehr vehement von Schulen benutzt, stärker als bislang das Bismarckbad.

(Lars Dietrich CDU: Dann fragen Sie doch konkret!)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Frau Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD:* Frau Vorsitzende! Frau Staatsrätin, Sie haben im April dieses Jahres in Altona gesagt, wenn ein neues Bad als Ersatz für das Bismarckbad gebaut werden sollte, müssten andere Bäder schließen.

Welche Bäder betrifft das, wenn das nicht das Bad St. Pauli ist, und wann wäre das?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Frau Staatsrätin.

Staatsrätin Dr. Herlind Gundelach: Eine Äußerung in der Form, wie Sie sie gerade wiedergegeben haben, habe ich dort konkret so bestimmt nicht getroffen.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Der Abgeordnete Dees.

Hans-Christoff Dees SPD: Wenn zwölf Schulen das Bismarckbad zum Schulschwimmen benutzt haben und darüber hinaus das Lehrschwimmbecken an der Schule Mendelssohnstraße geschlossen wird, also auch dort kein Schulschwimmen mehr stattfindet, ab wann ist ein Bad mit vielen Schulen belegt? Wie viel mehr als zwölf Schulen sind notwendig, um viele Schulen in einem Bad zu haben?

A **Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Frau Staatsrätin.

Staatsrätin Dr. Herlind Gundelach: Ich glaube, es kommt nicht unbedingt nur auf die Zahl der Schulen an, sondern auf die Zahl der Stunden, die konkret im Schwimmbad genutzt werden.

(Bernd Reinert CDU: Richtig!)

Da gibt es Schwimmbäder, in denen mehr Stunden genutzt werden als in anderen.

Darüber hinaus ist aber sichergestellt, dass für die Schulen, deren Schülerinnen und Schüler bislang im Bismarckbad geschwommen haben, Angebote bereitgestellt sind.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Frau Dr. Lappe.

Dr. Verena Lappe GAL: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Frau Staatsrätin, wenn jetzt das Bismarckbad geschlossen wird, ebenso die Lehrschwimmbecken in Altona, wie sollen die Bedarfe der dortigen Schulen abgedeckt werden und in welche Schwimmbäder sollen die Schülerinnen und Schüler sowie die dort lebenden Menschen gehen?

(Bernd Reinert CDU: Schülerinnen und Schüler sind auch Menschen!)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Frau Staatsrätin.

B **Staatsrätin Dr. Herlind Gundelach:** Für das Schulschwimmen, das die Bäderland mit Wirkung des nächsten Schuljahres übernimmt, wird gegenwärtig ein Konzept mit der Schulbehörde gemeinsam erarbeitet. Ich kann Ihnen heute nicht beantworten, welche Bäder im Einzelnen für welche Schulen vorgesehen sind, aber dies ist Teil dieses Konzepts. Bis das Schulschwimmen konkret zum nächsten Schuljahr greift, stehen auch diese Bäder exakt fest.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Zweite Nachfrage von Frau Dr. Lappe.

Dr. Verena Lappe GAL: Meines Wissens nach trifft es nicht zu. Die Lehrschwimbäder sind schon jetzt geschlossen und die ...

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Frau Abgeordnete, würden Sie bitte eine Frage formulieren.

Dr. Verena Lappe (fortsetzend): Ja.

... haben schon jetzt Wasserzeiten bei Bäderland beantragt. Welche Bäder sind es, die infrage kommen, und können die den Bedarf leisten?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Frau Staatsrätin.

Staatsrätin Dr. Herlind Gundelach: Die einzelnen Bäder kann ich Ihnen im Augenblick nicht nennen, bin aber gerne bereit, Ihnen das schriftlich zu beantworten.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Frau Ernst.

Britta Ernst SPD: Frau Präsidentin, Frau Staatsrätin. Können Sie sicherstellen, dass die Kitas, die bisher auch mit den Kindern im Bismarckbad zum Schwimmen gegangen sind, adäquate Angebote bekommen, damit für die Kitas das Schwimmen weiterhin sichergestellt wird?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Frau Staatsrätin.

Staatsrätin Dr. Herlind Gundelach: Auch darum wird sich die Bäderland im Rahmen ihrer Möglichkeiten sicherlich bemühen.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Eine zweite Nachfrage von Frau Ernst.

Britta Ernst SPD: Frau Präsidentin, Frau Staatsrätin Gundelach! Haben Sie sich inzwischen einen Überblick darüber verschafft, welche Kitas mit welchen Zeiten das Bismarckbad für das Schwimmen nutzen?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Frau Staatsrätin.

Staatsrätin Dr. Herlind Gundelach: Dieses kann ich Ihnen heute so exakt nicht beantworten. Ich kann Ihnen das aber gern schriftlich nachreichen.

(Michael Neumann SPD: Ob Sie sich einen Überblick verschafft haben!)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Die zweite Nachfrage von Frau Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD:* Kann der Neubau des Ersatzbades für das alte Bismarckbad vollständig aus den Erlösen des Verkaufs des Bismarckbades im Jetztzustand finanziert werden?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Frau Staatsrätin.

Staatsrätin Dr. Herlind Gundelach: Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung beauftragt, diese Planung weiter zu konkretisieren. Das endgültige Finanzierungskonzept lag noch nicht auf dem Tisch. Es ist nur klar, dass ein Investitionsvolumen von round about 14 Millionen Euro in Rede steht.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Eine Nachfrage von Frau Mandel.

Doris Mandel SPD: Frau Staatsrätin, Sie haben eben ausgeführt, dass das Schulschwimmen vom nächsten Schuljahr an von der Bäderland GmbH übernommen und auch die Konzeption übernehmen wird. Wie stellt der Senat sicher, dass bei Schließung des Bismarckbades trotzdem das Schulschwimmen für den Bezirk und die Nutzer im Bezirk Altona bis zum Beginn des nächsten Schuljahres sichergestellt wird?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Frau Staatsrätin.

Staatsrätin Dr. Herlind Gundelach: Dies wird sichergestellt.

(Petra Brinkmann SPD: Wie?)

A **Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Zweite Nachfrage von Frau Mandel.

Doris Mandel SPD: Frau Staatsrätin, wir wären Ihnen sehr verbunden, wenn Sie uns dieses erläutern könnten. Wie wollen Sie das sicherstellen?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Frau Staatsrätin.

Staatsrätin Dr. Herlind Gundelach: Ich bin gerne bereit, Ihnen schriftlich zu beantworten, welche Bäder dafür zur Verfügung gestellt werden.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Nachfrage von Herrn Kerstan.

Jens Kerstan GAL: Frau Staatsrätin, Sie haben gerade ausgeführt, dass die betroffenen Schulkinder oder auch die anderen Menschen ihre Bedürfnisse in anderen Bädern befriedigen sollen. Können Sie mir ausführen, ob es möglich wäre, dass die Schwimmzeit der Kinder aus Altona, die zum Beispiel nach Wandsbek oder Blankenese fahren, länger sein wird als die Fahrzeit während der Schulzeit?

(Olaf Ohlsen CDU: Bescheuerte Frage!)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Frau Staatsrätin.

Staatsrätin Dr. Herlind Gundelach: Richtet sich diese Frage jetzt auf das Schulschwimmen oder auf das allgemeine Schwimmen?

B **Jens Kerstan** GAL: Sowohl als auch.

Staatsrätin Dr. Herlind Gundelach: Welcher Bürger in welchen Stadtteil Hamburgs zum Schwimmen fährt, ist, denke ich, seine Entscheidung und danach richtet sich auch seine Fahrzeit. Das ist, glaube ich, keine Aufgabe des Senats.

Was das Schulschwimmen angeht, stellt die Bäderland sicher, dass Bäder in erreichbarer Nähe zur Verfügung gestellt werden.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Nachfrage des Abgeordneten Maaß.

Christian Maaß GAL:* Frau Staatsrätin, vor dem Hintergrund, dass Sie gerade ausgeführt haben, dass Sie ein Badentwicklungskonzept für relativ viel Geld in Auftrag gegeben haben, gleichzeitig aber nicht sagen können, was ab 2008 mit dem St.-Pauli-Bad sein wird, frage ich Sie: Für welchen Zeitraum gilt denn überhaupt dieses Bäderkonzept, das Sie in Auftrag gegeben haben, wenn Sie über einen solchen Zeitraum für ein Bad keine Auskunft geben können?

(Bernd Reinert CDU: Wenn das Konzept noch nicht fertig gestellt ist!)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Frau Staatsrätin.

Staatsrätin Dr. Herlind Gundelach: Ich sagte eingangs schon, das Konzept ist noch nicht fertig gestellt, das ist noch in der Erarbeitung. Ein wichtiger Eckpunkt dieses Bäderkonzepts war zunächst einmal, wie wir die

Schwimmbadproblematik in Altona lösen. Deswegen war auch der Auftrag aus der Aufsichtsratssitzung an die Geschäftsführung, die Planung für ein neues Schwimmbad in Altona weiter zu konkretisieren.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Nachfrage von Frau Dräger.

Gesine Dräger SPD:* In welcher Weise ist auf der von Ihnen beschriebenen Aufsichtsratssitzung die Frage des Schwimmunterrichts beziehungsweise der Bewegungsstunden von Kitas thematisiert worden?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Frau Staatsrätin.

Staatsrätin Dr. Herlind Gundelach: Dieses ist Teil des Schulschwimmens, für das der Aufsichtsrat der Bäderland, glaube ich, nicht der richtige Ansprechpartner ist.

(Petra Brinkmann und Doris Mandel, beide SPD: Kita ja nicht!)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Zweite Nachfrage von Frau Dräger.

Gesine Dräger SPD:* Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie den Schwimmunterricht in Kitas als einen Teil des Schulschwimmens betrachten?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Frau Staatsrätin.

Staatsrätin Dr. Herlind Gundelach: Ich habe den Schulschwimmaspekt gemeint. Ich glaube auch nicht, dass der Aufsichtsrat das geeignete Gremium ist, um sich konkret über Einzelheiten des Schwimmunterrichts zu kümmern.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Nachfrage von Herrn Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Frau Staatsrätin, das Problem besteht offenbar in der Überwindung von drei Jahren. Wie teuer wäre ein Jahr zur Überbrückung, wenn man die Schließung hinauszögern würde?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Frau Staatsrätin.

Staatsrätin Dr. Herlind Gundelach: Das sind die normalen Betriebskosten, die das Bismarckbad erfordert. Dies geht aber in Größenordnungen, die mit den der Bäderland gemachten Vorgaben, nämlich ihr Defizit um 1,5 Millionen Euro abzusenken, dann nicht mehr erreichbar sind.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Zweite Nachfrage von Herrn Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Wie hoch ist das Defizit des Bismarckbades?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Frau Staatsrätin.

Staatsrätin Dr. Herlind Gundelach: Das sind Zahlen, die dem Geschäftsgeheimnis der Bäderland unterliegen.

(Lachen bei der SPD)

C

D

A **Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Nachfrage von Herrn Dr. Steffen.

Dr. Till Steffen GAL: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Staatsrätin! Sie haben in der Antwort auf die Frage meines Kollegen Herrn Maaß eben ausgeführt, Sie könnten die Frage, was mit dem St.-Pauli-Bad nach dem Jahre 2008, wenn das neue Bad in Altona fertig ist, geschehen wird, nicht beantworten, weil das Konzept der Bäderland noch nicht fertig ist.

Ich frage deswegen: Wenn dieses Konzept noch nicht fertig ist, auf welcher Grundlage haben Sie dann überhaupt die Entscheidung getroffen, jetzt das Bismarckbad zu schließen?

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Frau Staatsrätin.

Staatsrätin Dr. Herlind Gundelach: Die Bäderland hat die Verpflichtung, ihr Defizit um 1,5 Millionen Euro abzusenken, das heißt um 3,5 Millionen Euro, die sich ergeben auch durch die Veränderung beim Schulschwimmen. Beim Schulschwimmen haben wir eine andere Lösung gefunden, aber die 1,5 Millionen Euro stehen deswegen immer noch im Raum. Dieses geht nur dadurch, dass ein Schwimmbad geschlossen wird. Wir haben der Bäderland nach reiflicher Überlegung empfohlen, das Bismarckbad zu schließen, und dieses wird jetzt auch so erfolgen.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Frau Dr. Hilgers.

B

Dr. Andrea Hilgers SPD:* Frau Präsidentin, Frau Staatsrätin. Ist Ihnen klar, dass in Kitas kein Schulschwimmen, aber durchaus Schwimmen stattfindet?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Frau Staatsrätin.

Staatsrätin Dr. Herlind Gundelach: Klar.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Zweite Nachfrage von Frau Dr. Hilgers.

Dr. Andrea Hilgers SPD:* Wird bei Entwicklung des Konzepts daran gedacht, sowohl für Schulen als auch für Kitas nach Ausweichmöglichkeiten zu suchen?

(*Hans-Detlef Roock CDU:* Das ist schon einmal gefragt worden!)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Frau Staatsrätin.

Staatsrätin Dr. Herlind Gundelach: Bei der Entwicklung des Bäderkonzepts werden alle potenziellen Nutzer des Schwimmbades mit berücksichtigt werden. Es werden auch entsprechende Gespräche mit den Schwimmvereinen geführt werden.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Nachfrage von Herrn Sarrazin.

Manuel Sarrazin GAL: Wenn ich die Geschäftsordnung richtig kenne, darf ich einen Satz vor der Frage formulieren, egal wie lang der ist.

(*Bernd Reinert CDU:* Nein, nein, die kennen Sie nicht richtig! – Zurufe)

C

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Können wir bitte ein bisschen Ruhe haben.

Kommen Sie bitte zu Ihrer Frage.

Manuel Sarrazin (fortfahrend): Als Schüler an einer Hamburger Schule habe ich in Wilhelmsburg Schulschwimmen gehabt. Vor dem Hintergrund dieses Umstandes möchte ich Sie fragen: Gibt es Berechnungen des Senats, wie viele Stunden vorgehalten werden müssen, um Schülerinnen und Schüler auf dem Weg in ihre Bäder zu begleiten, und inwieweit das zum Beispiel Lehrerstunden beansprucht und welche Kosten das verursacht, wenn Bäder in der Nähe geschlossen werden und man woanders hinfahren muss?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das waren jetzt zwei Fragen. Frau Staatsrätin.

Staatsrätin Dr. Herlind Gundelach: Herr Abgeordneter, ich denke, dafür bin ich der falsche Ansprechpartner.

(*Michael Neumann SPD:* Das sind Sie sowieso; bei der Antwort, ist doch armselig!)

Es handelt sich konkret um das Schulschwimmen und die Begleitung durch Lehrer. Ich bin konkret für die Bäderland verantwortlich.

(Unruhe und Zurufe – Glocke)

D

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Meine Damen und Herren, so geht es nicht. Ich habe nachgefragt, die Staatsrätin sagte mir eben, dass sie keine andere Antwort gibt. Sie haben zwei Fragen gestellt.

Frau Staatsrätin hat das Wort.

Staatsrätin Dr. Herlind Gundelach: Ich habe Herrn Schmitz gefragt, ob er diese Frage beantworten kann. Er kann sie für den Senat beantworten.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Herr Staatsrat Dr. Schmitz.

Staatsrat Dr. Reiner Schmitz: Ich kann die Frage dahingehend beantworten, das haben wir auch schon mehrfach gesagt, dass wir zusammen mit der Bäderland ein Konzept erarbeiten, in dem sehr deutlich alle diese Fragen geklärt werden, auch die Frage der Wege der Schüler zu den Bädern. Wir haben allerdings jetzt schon dafür gesorgt – das gilt für alle schulischen Nutzer des Bismarckbades –, dass alle schon jetzt in diesem Jahr einen adäquaten und in der Nähe ihrer Schule befindlichen Schwimmort gefunden haben. Das Schulschwimmkonzept, das wir zurzeit zusammen mit Bäderland erarbeiten und das ab 1. August 2006 in Kraft tritt, wird ebenfalls dafür sorgen, dass es sowohl in der Grundschule als auch in der Sekundarstufe Klasse 5 und 6 für Schülerinnen und Schüler ein flächendeckendes Schwimmangebot geben wird.

A **Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Eine Nachfrage des Abgeordneten Sarrazin.

Manuel Sarrazin GAL: Können Sie diese Standorte nennen?

Staatsrat Dr. Reiner Schmitz: Die Standorte sind Ihnen ja bekannt. Mit Ausnahme des Bismarckbades sind das die Standorte von Bäderland und darüber hinaus einige Standorte privater Betreiber.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Eine Nachfrage des Abgeordneten Müller.

Farid Müller GAL: Frau Präsidentin, Frau Staatsrätin! Sie haben eben ausgeführt, dass Bäderland zuerst die Haushaltsvorgaben des Senates erfüllt und jetzt darüber nachgedacht habe, was daraus folge. Hat nicht der Senat als Aufsichtsratsmitglied und Vorsitzender des Aufsichtsrates die Pflicht, den Haushalt sowie die Folgen im Blick zu haben, die sich daraus ergeben, ihn zu erfüllen?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Frau Staatsrätin, bitte.

Staatsrätin Dr. Herlind Gundelach: Wir haben beides im Blick. Wir haben der Bäderland den entsprechenden Auftrag erteilt, 1,5 Millionen Euro einzusparen. Wir haben die Bäderland gleichzeitig gebeten, ein Bäderkonzept für Hamburg zu entwickeln und haben dabei Prioritäten gesetzt, indem wir Altona in den Vordergrund gestellt haben, weil dort eine vernünftige Lösung gefunden werden muss. Wir haben also beides im Blick.

B

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Eine weitere Nachfrage des Abgeordneten Grund.

Uwe Grund SPD:* Frau Staatsrätin, Sie haben eben gesagt, am 19. Dezember solle der Betrieb des Bismarckbades eingestellt werden. Daraus ziehe ich den Schluss, dass Sie inzwischen bei der Suche nach Käufern und Investoren vorangekommen sind. Wann wird das Bismarckbad verkauft, an wen und zu welchem Preis?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Frau Staatsrätin, bitte.

Staatsrätin Dr. Herlind Gundelach: Es liegen mehrere Angebote vor, die Verhandlungen sind aber noch nicht endgültig abgeschlossen.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Eine weitere Nachfrage von Herrn Dietrich.

Lars Dietrich CDU: Frau Staatsrätin, ist es richtig, dass Mitte der Neunzigerjahre unter der roten Senatsregierung das Bad in Harburg geschlossen worden ist und die Kinder so 5 Kilometer nach Wilhelmsburg beziehungsweise 10 Kilometer nach Neugraben fahren mussten?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Frau Staatsrätin, bitte.

Staatsrätin Dr. Herlind Gundelach: Herr Abgeordneter, ich kann Ihnen diese Frage nicht exakt beantworten, weil

ich zu dieser Zeit noch nicht im Amt war. Ich bin jedoch gern bereit, Ihnen diese Frage schriftlich zu beantworten.

C

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Die zweite Nachfrage des Abgeordneten Dietrich.

Lars Dietrich CDU: Ich nehme Bezug auf die Fragen der Abgeordneten Dräger und Dr. Hilgers: Ist es richtig, dass die Kitas in Harburg zu dieser Zeit zwei Jahre lang keinen Schwimmunterricht erhalten haben?

(Dr. Mathias Petersen SPD: Was hat denn das mit der Frage zu tun?)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Frau Staatsrätin, bitte.

Staatsrätin Dr. Herlind Gundelach: Auch dies kann ich Ihnen nicht beantworten, aber auch das bin ich bereit, nachzuprüfen und schriftlich zu beantworten.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Die zweite Nachfrage des Abgeordneten Dees.

Hans-Christoff Dees SPD: Herr Staatsrat Schmitz, ich beziehe mich auf Ihre Äußerung, dass adäquate Lösungen gefunden worden seien. Wird die Verlängerung des Weges zum Schulschwimmen der Schule in der Rothestraße zum Verein "Aktive Freizeit" des Reemtsma-Bades von über einer halben Stunde von Ihnen noch als adäquat angesehen?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Herr Staatsrat Schmitz, bitte.

D

Staatsrat Dr. Reiner Schmitz: Für einige Schulen ist der Weg sicherlich länger geworden. Wenn eine Schule wie die in der Rothestraße sehr nahe am Bismarckbad liegt, kommen durch die Schließung natürlich größere Wege auf sie zu. Das will ich nicht abstreiten.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Eine Nachfrage von Frau Boeddinghaus.

Sabine Boeddinghaus SPD:* Frau Präsidentin, Frau Staatsrätin! Sind die notwendigen Lehrerstunden zur Begleitung der Schülerinnen und Schüler zum Schulschwimmen bereits in den jeweiligen Schuletats eingeplant oder aus welchen Mitteln werden sie bezahlt?

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Herr Staatsrat, bitte.

Staatsrat Dr. Reiner Schmitz: Wir erarbeiten das Konzept mit der Bäderland noch. Wir sind uns aber darüber im Klaren, dass wir dafür eine Lösung finden müssen.

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen zu diesem Thema sehe ich nicht. Die Fragestunde ist hiermit zu Ende.

Wir kommen zu Punkt 9, der Drucksache 18/2694, Große Anfrage der GAL-Fraktion: Zukunft des Radverkehrs in Hamburg.

**A [Große Anfrage der Fraktion der GAL:
Zukunft des Radverkehrs in Hamburg
– Drucksache 18/2694 –]**

Wer beehrt das Wort? – Herr Lühmann, Sie haben es.

Jörg Lühmann GAL: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Klima für den Radverkehr auf Hamburgs Straßen ist denkbar schlecht. Eine große Boulevardzeitung schrieb vom Horror, den Hamburgs Radfahrerinnen und Radfahrer täglich erleben. Im Fahrradklimatest des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs wurden 28 deutsche Großstädte mit mehr als 200 000 Einwohnerinnen und Einwohnern getestet. Hamburg belegt Platz 28 von 28. Hamburg ist die einzige Stadt, die eine negative Entwicklung genommen hat. Alle anderen Städte haben sich im Jahresvergleich verbessern können.

(*Michael Fuchs CDU:* Deswegen steht das auch im Bertelsmannbericht!)

Der Test erfolgte in 22 Kategorien, in denen Hamburg neun Mal den letzten Platz belegte und weitere fünf Mal den vorletzten. Das heißt, in 14 von 22 Kategorien, also bei zwei Dritteln aller abgefragten Umstände, liegt Hamburg ganz weit hinten. Das kann niemandem in der Stadt egal sein, auch wenn der Senat mit einem Achselzucken darüber hinweggeht.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe übernimmt den Vorsitz.)

B Es sind zentrale Kriterien, bei denen Hamburg versagt. Konflikte mit KfZ: Platz 28. Falschparker auf Radwegen: Platz 28. Führung an Baustellen: wieder der letzte Platz. Breite der Radwege: auch hier Platz 28. Nirgendwo ist die Situation bei den Radwegen schlechter als in Hamburg.

Dazu passt auch die Antwort des Senates auf unsere Große Anfrage. Die letzte umfassende Erhebung der Radwege Hamburgs stammt aus dem Jahr 1997. Die Breite der Radwege ist auch in der Beantwortungszeit einer Großen Anfrage nicht ermittelbar.

Auch die Frage, wie viele Kilometer Radweg in Hamburg der PLAST 9 beziehungsweise der aktuellen Straßenverkehrsordnung entsprechen, kann dieser Senat nicht beantworten. Er will es offensichtlich nicht.

(Beifall bei der GAL)

Auch bei den Konflikten mit Fußgängern belegt Hamburg den traurigen letzten Platz bundesweit. Auch hier passt das Klima, das der ADFC in seiner Befragung festgestellt hat, auf erschreckende Art und Weise mit den Ergebnissen unserer Großen Anfrage zusammen. Der Senat bestätigt in seiner Antwort auf die Anfrage, dass kombinierte Geh- und Radwege natürlich nur dort eingerichtet werden sollen, wo es ein geringes Fußgängerverkehrsaufkommen gibt. Die Nachfrage, was denn ein geringes Verkehrsaufkommen sei, kann der Senat nicht beantworten. Da heißt es dann, letzten Endes müssten die Verkehrsabläufe, die Verkehrsstruktur, die Verkehrsführung und, wenn das alles nicht reicht, "andere Aspekte" mit einbezogen werden. Kurzum, wenn die Flächen, die Autoverkehr übrig lässt, nicht ausreichen, muss es eben auch irgendwie so gehen. Fußgänger und Radfahrer sind eben so etwas wie die störenden Restgrößen der Verkehrsplanung in Hamburg.

Auch bei der Abfrage des Sicherheitsgefühls erreicht Hamburg nur Platz 27. Da ist nur Wiesbaden schlechter. Auch hier verweise ich auf unsere Große Anfrage: Ich habe speziell nach der Situation an der Hamburger Straße gefragt und wollte wissen, ob der Senat beabsichtige, die Gründe für die Benutzung von Radwegen in beide Richtungen durch eine attraktivere Gestaltung regelkonformer Fahrweisen zu beseitigen, und, wenn ja, wie. Was antwortet der Senat darauf? Die Benutzung von in Fahrtrichtung links angelegten Radwegen verstoße gegen die Straßenverkehrsordnung.

(Beifall bei der GAL – *Christian Maaß GAL:* Große Erkenntnis!)

Für eine regelkonforme Fahrweise sei jeder Verkehrsteilnehmer selbst verantwortlich – kurzum, sie seien selbst schuld, wenn ihnen etwas passiert. Aber – jetzt wird es ganz drollig – der Kollege Hesse hat eine Kleine Anfrage gestellt und hat explizit zur Situation an der Hamburger Straße nachgefragt.

(*Klaus-Peter Hesse CDU:* Genau!)

Genau dort heißt es auf einmal, zurzeit werde eine Überplanung der gesamten Radwegeführung geprüft. Schau an, es geht also.

(*Klaus-Peter Hesse CDU:* Na, also!)

Die Straßenverkehrsbehörde habe an der Einmündung Humboldtstraße durch Verkehrszeichen und Markierungen das Ende des Zweirichtungsradweges deutlicher gekennzeichnet. Dort könnten Radfahrer nunmehr auf dem freigegebenen Gehweg ihre Fahrt am Einkaufszentrum entlang fortsetzen. Sieh an, es gibt also strukturelle Gründe für Fehlverhalten. Es gibt Ursachen, die der Senat durch Handeln beseitigen kann. Bei unserer Großen Anfrage tut er noch so, als sei das alles gottgegeben beziehungsweise die Schuld der Radfahrer selbst. Das ist eine Unverschämtheit.

(Beifall bei der GAL und bei *Dr. Martin Schäfer SPD*)

Dabei gibt es im Hamburger Senat eine Person, die drei Aufgabenbereiche verwaltet, in all denen es eine zwingende Logik geben müsste, das Fahrradfahren aktiv zu fördern. Da gibt es den Umweltsenator Freytag, der sich um den Ressourcenschutz kümmern müsste, also um eine Minderung des Verbrauches fossiler Brennstoffe verbunden mit dem zweiten Ziel, dem Klimaschutz. Interessanterweise werden beim Fahrradfahren keine fossilen Brennstoffe verbraucht. Es ist also eine naheliegende Alternative, als Umweltsenator jeden Weg zu fördern, den wir nicht mit dem Auto, sondern mit dem Fahrrad zurücklegen.

Dann gibt es das Thema Feinstaubbelastung. Dazu gibt es eine EU-Richtlinie, die einzuhalten ist. Die Feinstaubbelastung durch das Fahrradfahren halten sich in denkbar engen Grenzen. Das wären wahrscheinlich nur die Bremsbacken der Felgenbremsen, die da ins Gewicht fallen. Auch beim Lärmschutz gibt es eine EU-Richtlinie, die einzuhalten ist. Auch da müsste ein Umweltsenator natürlich auf die nächstliegende Variante kommen, nämlich den Fahrradverkehr zu fördern. In allen vier Punkten sagt aber Umweltsenator Freytag nichts zum Fahrradverkehr. Er verweigerte damit seine Aufgaben.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

C

D

- A Schauen wir ihn uns als Stadtentwicklungssenator an: Auch dort müsste er ein veritables Interesse an der Förderung des Radverkehrs haben. Zum Thema Lärmschutz: In Hamburg lebten im Jahre 2000 über 144 000 Menschen, die Straßenverkehrslärm in einem gesundheitsgefährdenden Maße ausgesetzt waren. Für einen Stadtentwicklungssenator, der die Lebensbedingungen in dieser Stadt will, läge doch nichts näher als das Fahrradfahren zu fördern. Die Geräusche, die vom Radfahren ausgehen, sind doch denkbar gering. Die Rollgeräusche auf der Straße zum Beispiel gehen gegen Null.

Das zweite große Thema, das einen Stadtentwicklungssenator interessieren dürfte, ist die Verbesserung des Wohnumfeldes. Das Wohnumfeld der meisten ist vom Auto geprägt, vom ruhenden wie vom fließenden Verkehr. Die mageren Restflächen bleiben den Fußgängern und Radfahrern. Leute ziehen ins Umland, weil sie hier kein Kind auf die Straße lassen können. Es geht immer wieder um die Frage der Sicherheit von Kindern. Alles, was der Förderung des Radverkehrs dienen würde, würde die Sicherheit von Kindern, die sich ja zu Fuß oder mit dem Fahrrad in der Stadt bewegen, deutlich erhöhen. Also müsste auch ein Stadtentwicklungssenator, der Stadtfucht von Familien entgegenwirken will, den Fahrradverkehr fördern, wo er nur irgend kann. Auch da verweigert sich Stadtentwicklungssenator Freytag.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

- B Schließlich wäre er auch in seiner dritten Funktion als Verkehrssenator gefordert. Sicherheit ist natürlich auch für einen Verkehrssenator ein Thema. Die Bedingungen für Radfahrer sind im Moment so, dass sie 10 Prozent des Verkehrsaufkommens ausmachen, aber 50 Prozent der Verkehrsunfalltoten. Dieses Missverhältnis muss ein Verkehrssenator doch selbst ändern wollen. Er muss doch das Fahrradfahren in Hamburg sicherer machen wollen. Er tut es nicht. Er müsste ein Interesse daran haben, die Verkehrsmenge so zu reduzieren, dass Staus abgebaut werden. Jeder Mensch, der mit dem Fahrrad fährt, kann nicht gleichzeitig Autofahren. Jeder Mensch, der das Fahrrad benutzt, baut aktiv Staus ab.

(Beifall bei der GAL)

Dann zum Thema "Gerechtigkeit im Straßenverkehr". Der Senat behauptet in seiner Antwort auf unsere Große Anfrage, Fahrradfahren sei eine tolle Sache, das sollten die Leute weiter tun. Bei einer unterprivilegierten Verkehrsart müsste doch eine aktive Förderung das Ziel sein. Da müsste man sich Ziele setzen, da müsste man Zeiträume stecken und wahrscheinlich Geld investieren. Auch bei all dem ist bei Verkehrssenator Freytag Fehlanzeige, der damit auch in seiner dritten Funktion in Bezug auf die Fahrradpolitik in Hamburg versagt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Hier hilft vielleicht ein Blick über den Hamburger Tellerand. Richten wir den Blick einmal nach Kiel, Berlin oder Brüssel. In Kiel hat es die Entwicklung gegeben, dass durch Zertifizierung des Radverkehrs dessen Anteil von 8 Prozent im Jahre 1997 auf heute 17 Prozent mehr als verdoppelt werden konnte. Man kann also etwas tun.

Oder nehmen wir Berlin: In Berlin liegt der Anteil des Radverkehrs heute bei 10 Prozent, genau wie in Hamburg. Hamburg und Berlin stehen also beide nicht glänzend da.

(Christian Maaß GAL: Der Senat macht sowieso anscheinend die ganze Zeit Bürgersprechstunde. Das interessiert ihn doch gar nicht!)

C

Heute steht Berlin deswegen auch auf Platz 21, während Hamburg auf Platz 28 steht. Der Chef des Bundesumweltamtes, Herr Troge, sagte dazu, was sich Berlin bei der Vernachlässigung von Radwegen leiste, sei schon imposant. Das hat er über den 21. Platz gesagt. Was hätte er über den 28. sagen können? Das können uns die Radfahrer, wenn sie denn hier wären, alle genau sagen. Aber der große Unterschied ist, dass Berlin das als Problem erkennt und es angeht. Berlin setzt sich selbst das Ziel, von heute bis zum Jahr 2010 den Radverkehrsanteil von 10 Prozent auf 15 Prozent zu steigern. Das sind 50 Prozent Zuwachs. Dabei soll die Sicherheit erhöht werden, denn trotz steigenden Radverkehrsaufkommens soll die Zahl der Unfälle sinken. Zu welchem Schluss kommt Berlin folglich? Dass dies etwas kostet. Berlin geht davon aus, dass fünf Euro pro Einwohner ausgegeben werden sollen.

(Olaf Ohlsen CDU: Das ist doch kein Geld! – Klaus-Peter Hesse CDU: Und woher nehmen die das?)

Wo liegt Hamburg? Bei 12 Cent pro Einwohner. Das ist ein Skandal!

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Schauen wir, wo die schmalen Mittel bleiben. Die Radfahrerinnen und Radfahrer in Hamburg sind besonders darüber empört, wie sie an Ampeln behandelt werden. Auch da steht Hamburg auf dem vorletzten Platz im Klimatest, noch hinter Braunschweig. Ich vermag mir nicht vorzustellen, was die Braunschweiger noch schlimmer machen. Die Begründung des Senates in der Antwort zur Großen Anfrage ist geradezu zynisch. Er wolle, so heißt es da, im Zuge der Verflüssigung des Verkehrs nur noch bedarfsgerecht schalten. Und wie sollen Radfahrer diesen Bedarf nachweisen? Durch Druckknöpfe. Da werden sie durch das System der Telematik aktiv ausgebremst. Dafür gibt der Senat 3,5 Millionen Euro aus, während für den Radverkehr hamburgweit gerade einmal 200 000 Euro übrig bleiben. Das sind viereinhalb Prozent dessen, was der letzte rotgrüne Senat tatsächlich ausgegeben hat. So kann man den Radverkehr in der Stadt tatsächlich kaputt machen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich möchte den Blick noch nach Brüssel wenden. Dort wurde in der letzten Woche die Woche der nachhaltigen Mobilität begangen. Daran haben sich über 1000 Städte und Gemeinden europaweit beteiligt. Haben Sie in Hamburg irgendetwas davon mitgekommen? Hätte der Umwelt-, Stadtentwicklungs- und Verkehrssenator etwas tun sollen?

(Nebahat Güçlü GAL: Der hört ja nicht einmal zu!)

D

Ich glaube schon. Hieran geht er vorbei. In Brüssel zum Beispiel ist am 18. September die Innenstadt für Autos komplett gesperrt worden. Man stelle sich so etwas einmal in Hamburg vor.

Dann gibt es noch ein ganz besonders beeindruckendes Beispiel, das der EU-Kommission. Die EU-Kommission ist Brüssel ja vergleichsweise weniger verbunden als es der Hamburger Senat Hamburg gegenüber sein müsste. Die EU-Kommissare und alle Kommissionsmitarbeiter kom-

- A men in eine fremde Stadt und leben dort auf Zeit. Der Hamburger Senat hingegen muss sich ausschließlich mit Hamburger Interessen befassen und er müsste da etwas tun. Was tut also die EU-Kommission so Besonderes? Sie hat im Jahr 1998 ein Programm zur Förderung des Radfahrens aufgelegt. Dafür hat die EU-Kommission im Jahr 2000 20 Fahrräder und kontinuierlich weitere angeschafft, mit dem Erfolg, dass der Anteil der Autofahrer durch die Nutzung dieser zur Verfügung gestellten Fahrräder von 56 Prozent auf 25 Prozent gesunken ist. Der Anteil des Radverkehrs beträgt 25 Prozent, in Brüssel, wo es wirklich kein Vergnügen ist. Wo mag dieser Anteil beim Senat liegen? Das ist die große Frage.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die Geschichten, die Kommissionsglieder und -mitarbeiter dazu erzählen können, haben geradezu etwas Rührendes. Da sagt die für die Einführung dieser Fahrräder zuständige Susanne Warren, sie stelle fest, dass immer mehr Funktionäre die Fahrräder nutzen. Diese fänden das gut und würden sich bewusst, wie viel Zeit sie damit sparen.

(Olaf Ohlsen CDU: Ist ja rührend, Herr Lühmann!)

Letztendlich würden sie sich dann sogar ihr eigenes Fahrrad kaufen. Der EU-Kommissar Siim Kallas gerät regelrecht ins Schwärmen: Er liebe Fahrradfahren, sagt er, und für die körperliche Gesundheit sei Fahrradfahren natürlich auch gut. Er empfehle also jedem, so viel wie möglich Fahrrad zu fahren.

- B Das bringt mich auf eine Idee: Der Gesundheitssenator Dräger könnte sich doch vielleicht einmal des Fahrradfahrens annehmen. Der wäre vielleicht etwas weniger verbockt. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Das Wort hat jetzt Herr Hesse.

(Nebahat Güçlü GAL: Nicht zu laut schreien, Herr Hesse!)

Klaus-Peter Hesse CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich muss nicht so laut schreien, aber ich kann jetzt schon sagen, dass Sie meine Erwartungen, was diese Debatte angeht, mit Ihrem Wortbeitrag auf jeden Fall erfüllt haben. Es ist nämlich viel über Brüssel, Berlin und andere Städte gesprochen worden, aber zu den Ursachen des Zustandes der Radwege in Hamburg haben Sie nichts gesagt.

(Beifall bei der CDU – Christian Maaß GAL: 44 Jahre, Herr Hesse, 44 Jahre!)

– Herr Maaß, es sind vielleicht 44 Jahre SPD-Regierung gewesen, aber wir wollen auch nicht die letzten vier Jahre verschweigen, in denen Sie für die Radfahrpolitik mitverantwortlich waren. Auch da ist hier in Hamburg nichts passiert.

(Beifall bei der CDU)

Fangen wir doch einmal mit dem Punkt an, in dem wir in diesem Hause wahrscheinlich alle übereinstimmen, da wir alle Menschen kennen, die Radwege kennen. In der Einleitung von Herrn Lühmann steht, für Radfahrer sei Hamburg immer weniger attraktiv, dies zeige sich unter anderem an schlechten und kaputten Fahrradwegen,

ungenauer Kennzeichnung der Radwege, schlechter Führung über große Kreuzungen und so weiter. Sie glauben doch nicht ernsthaft, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, dass dieser Senat dafür verantwortlich ist. Das haben Sie alles gemacht und nicht der CDU-Senat.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Sarrazin?

Klaus-Peter Hesse (fortfahrend): Ich hoffe, die Rede wird dadurch nicht noch länger, damit die Kollegen nachher nicht gelangweilt sind. Bitte, Herr Sarrazin.

Zwischenfrage von Manuel Sarrazin GAL: Sehr geehrter Kollege, wie hoch ist der Haushaltsansatz für Neubau und Instandhaltung von Radwegen und wie hoch war dieser bis 2001?

Klaus-Peter Hesse (fortfahrend): Herr Sarrazin, gedulden Sie sich etwas. Ich verspreche Ihnen, dass ich diese Frage beantworte. Sie ist ein Bestandteil dieser Rede, da sie auch von Herrn Lühmann angesprochen wurde.

Ich möchte nicht groß auf die Pseudo-Fahrradfahrerpolitik eingehen, die Sie verfolgt haben. Ich möchte auch nicht den Punkt 2.2 darstellen, da es zu lange dauern würde. Ich empfehle aber, in der Großen Anfrage nachzulesen, was der CDU-geführte Senat momentan alles für das Radfahren in Hamburg tut. Einen Punkt möchte ich jedoch schon nennen, das ist der Punkt Radfahren in öffentlichen Grünanlagen. Nach der Änderung der Verordnung zum Schutz der öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen ist das Radfahren in diesen nunmehr grundsätzlich erlaubt. Ausnahmen werden von den Bezirksämtern bestimmt. Dies hat die CDU beschlossen,

(Jan Quast SPD: Nein, eben nicht!)

dies hat die CDU umgesetzt, nicht Sie. Sie hätten es in Ihrer Regierungszeit machen können und haben es nicht getan.

(Beifall bei der CDU)

Damit haben wir jetzt schon mehr für den Radverkehr getan als die Grünen, als sie in der Regierungsverantwortung waren. Allein durch die Freigabe und die Mehrnutzbarkeit dieser Radwege sind mehr Radwege in Hamburg entstanden als zu Ihrer Zeit.

(Beifall bei der CDU)

Da brauchen Sie nicht, Herr Lühmann, mir irgendwelche 12 Cent für Radfahrer vorrechnen, denn das kostet noch nicht einmal etwas. Das ist intelligente Radfahrpolitik.

Ich habe Herrn Quast und andere eben schon schreien hören,

(Gerhard Lein SPD: Schreien tun nur Sie!)

Sie seien es gewesen, Sie hätten das auch gewollt, Sie hätten auch Anträge geschrieben. Wie geht denn die Opposition mit der vom CDU-Senat getroffenen Entscheidung um? Der ADFC – den ich immer gern zitiere, weil er auch Freunde in der Opposition hat – schreibt:

- A "Eimsbüttel sperrt wichtige Radverkehrsverbindungen im Schanzenpark. ADFC hält diese Regelung für falsch. ... 'Der Dänenweg war seit vielen Jahren als eine wichtige Radroute von der früheren Umweltbehörde mit einer Wegweisung gekennzeichnet. Nun hat das Bezirksamt Eimsbüttel im Alleingang die Routenbeschilderung im Schanzenpark entfernt.'"

Wer regiert eigentlich in Eimsbüttel? Wer ist dort für Parks zuständig? Das ist Ihre Politik, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. So gehen Sie mit der Freigabe der Parks um.

(Beifall bei der CDU – *Gesine Dräger SPD*: Sie sollen doch nicht so schreien!)

Zu Ihrer Frage zu den finanziellen Aspekten, Herr Sarrazin: Verbesserungen der Radverkehrsanlagen werden nicht nur – das wissen Sie auch – aus dem Titel "Förderung des Radverkehrs" erzielt, sondern grundsätzlich auch bei Investitionsmaßnahmen aus anderen Titeln wie zum Beispiel Grundinstandsetzung, Unfallstellenbeseitigung, Erschließung oder Neu-, Um- oder Ausbau von Straßen. Die Verbesserung der Radverkehrsanlagen ist dort zwar nicht Auslöser der Maßnahmen, aber die vorliegenden Mängel, die an Radwegen festgestellt werden, werden dort beseitigt. Auch das ist Geld, das in Radwege fließt. Auch das muss hier einmal erwähnt werden.

(Beifall bei der CDU)

- B Hamburg hat – das bedaure ich wirklich – heute leider nicht mehr die finanziellen Mittel, um die verfehlte Fahrradpolitik der letzten Jahrzehnte zu korrigieren und dort etwas zu erneuern. Sie haben es, liebe Kolleginnen und Kollegen, jahrzehntelang versäumt, Hamburger Radwege instand zu halten. Sie haben lieber viele neue und billige Radwege gebaut, haben sich bei irgendwelchen Festen dafür feiern lassen, aber Rücklagen oder Ähnliches haben Sie nie gebildet. Da haben Sie einfach gesagt, die bräuchten Sie nicht, das würde irgendwann schon jemand bezahlen. Deswegen sind die Radwege so schlecht.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von *Manuel Sarrazin GAL* – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Herr Sarrazin, ich rufe Sie zur Ordnung.

Klaus-Peter Hesse (fortfahrend): – Was hat er denn Schlimmes gesagt?

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Er hat ständig dazwischengerufen.

(*Frank-Thorsten Schira CDU*: Der Franz Josef Strauß der GAL!)

Klaus-Peter Hesse (fortfahrend): – Ich fand das nicht so schlimm. Aber gut, wenn die Präsidentin, das meint ...

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Ich weiß, Herr Hesse, dass Sie das mögen. Aber ich habe hier für Ordnung zu sorgen, wenn ich den Eindruck habe, dass es aus dem Ruder läuft, und nicht, wenn Sie das denken. Bitte fahren Sie fort.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Wieso hat er eigentlich einen grünen Schlips um?) C

Klaus-Peter Hesse (fortfahrend): Kommen wir jetzt zum ADFC-Klimatest. Das war der große Anfang von Herrn Lühmanns Rede, als er sagte, wie schlimm das alles in Hamburg sei und der ADFC-Klimatest habe uns das bewiesen. Schauen wir doch einmal, was der ADFC-Klimatest genau gesagt hat. Der ADFC-Klimatest hat für alle Großstädte einen Wert knapp unter 4,0 gehabt. Berlin liegt sogar bei 4,09, Köln bei 4,14. Ich will unser Ergebnis nicht schön reden. Aber dieser Senat ist auch dafür nicht verantwortlich.

Zu Münster zum Beispiel stand in der "Hamburger Morgenpost" vom 13. September 2005 – Herr Reschreiter sitzt, glaube ich, noch dort oben:

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Nicht herumschleimen, hier!)

"Aber wir machen das kontinuierlich seit 20 Jahren", so Stephan Böhme vom Stadtplanungsamt. Und so liegt in Münster der Anteil der Radfahrer am Gesamtverkehrsaufkommen bei 35,1 Prozent."

Das ist Politik, die man langfristig macht. Wenn man den Anteil der Radfahrer langfristig erhöhen möchte, muss man auch langfristige Radfahrerpoltik machen

(*Jenspeter Rosenfeldt SPD*: Das muss man mal machen!)

und darf sich hier nicht hinstellen und behaupten, seit 2001 sei dieser Senat dafür verantwortlich. Das haben Sie in Ihrer Zeit weder angestoßen noch getan. D

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, die Sie sich hier so aufregen: Ich hätte ja zu gern auch einen Fahrradklimatest aus dem Jahr 2001 vorgelesen, um zu sehen, wie schlimm es wirklich geworden ist, denn das behaupten Sie ja. Ich habe leider nur einen aus dem Jahre 1991 gefunden. Dort hatte Hamburg die Note 4,76. Ich weiß gar nicht, wer damals hier regiert hat. Wir waren es nicht.

Zu den Geburtsfehlern des Radwegenetzes und der Verantwortlichkeit habe ich ja bereits einiges gesagt, auch dass wir die Fehler der Vergangenheit nicht korrigieren können. Dass Sie sich jedoch, lieber Kollege Lühmann, hier hinstellen und sagen, dieser Senat und diese CDU solle das Geld in die Hand nehmen, das Sie zu dem Zeitpunkt, als es noch zur Verfügung stand, nicht in die Hand nehmen wollten, – das ist, glaube ich, noch nicht eines Ordnungsruf würdig – ist frech und geradezu unverschämt.

(Beifall bei der CDU)

Ihre heute vorgetragenen Wünsche und Träume sind in Hamburg nicht mehr finanzierbar. Ich sage aber ganz eindeutig: Wir wollen auch vieles von dem, was Sie hier angesprochen haben, gar nicht finanzieren. Ich spreche damit gern einen Punkt an, aus dem sich Widersprüche ergeben.

Stichwort verkehrsadaptive Lichtsignalanlagen, die Schlaubampeln. Senator Dr. Freytag hat – das wissen wir alle; dieses Projekt wird jetzt erweitert – am Ring 2 so genannte Schlaubampeln eingeführt, die für die Autofahrer den Verkehr flüssiger gestalten sollen. Das will die CDU-

- A Fraktion, das unterstützen wir und haben dies schon gefordert, als wir noch in der Opposition waren. Aber Sie – hier beziehe ich die SPD ausdrücklich mit ein – haben es nie gewollt und auch nicht gemacht. Ich warte schon auf Ihren Beitrag, wenn Sie, Frau Timmermann, sagen, dass Sie das alles nicht wollen, was auf dem Ring 2 hinsichtlich der computergesteuerten Ampeln passiert. Das wäre ehrlich.

(Gesine Dräger SPD: Sie brüllen so!)

Stattdessen versteckt sich die SPD hinter dieser Frage und Herr Lühmann sagt hier, dass die Radfahrer jetzt Grün anfordern müssten.

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Lassen Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Gregersen zu?

Klaus-Peter Hesse (fortfahrend): Immer.

Zwischenfrage von Martina Gregersen GAL: Danke, Herr Hesse.

Für wen wird der Verkehr durch Ihre Schlaufampen denn schneller fließen? Für den Autofahrer oder für den Radfahrer? Meiner Meinung nach ist es so, dass der Radfahrer ...

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Fragen sind keine Meinungen.

B

Klaus-Peter Hesse (fortfahrend): Sie können sich gleich melden, wenn Sie mit mir debattieren wollen. Aber ich beantworte Ihre Frage trotzdem, ohne dass Sie noch einen Satz dazu sagen.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, Frau Gregersen. Wir bringen computergestützte Ampelanlagen an, damit dort der Verkehr für die Wirtschaft, aber auch für den Individualverkehr auf der Straße besser fließt. Wir wollen leistungsstarke Hamburger Ringstraßen und dafür nehmen wir auch in Kauf, dass der eine oder andere Radfahrer an der Ampel Grün anfordern muss und nicht – wie bisher – die Grüne Welle hat. Uns ist ein leistungsstarker Verkehr auf dem Ring wichtiger. Deswegen sind computergestützte Anlagen auf dieser Ringstraße auch notwendig und wichtig.

(Beifall bei der CDU)

Durch diese Maßnahme, lieber Kollege Lühmann, geht der Radverkehr auch nicht kaputt, sondern wir würden im Zweifelsfall nur den gesamten Verkehr schädigen, wenn wir das, was Sie an den verkehrsadaptiven Signalanlagen bemängeln, nicht machen würden. Das wollen wir auf keinen Fall.

Herr Kollege Lühmann hat die Hamburger Straße angesprochen. Ich bin geradezu dankbar für diese Vorlage, denn die Hamburger Straße ist ein Beispiel dafür, wie unser Senat intelligente Fahrradpolitik mit Sicherheit und gesteigertem Verkehrsfluss kombiniert. Ich möchte nicht aus der Großen Anfrage oder aus meiner Schriftlichen Kleinen Anfrage zitieren; das hat Kollege Lühmann dankenswerterweise vorhin schon getan.

Es bleibt eigentlich nur noch festzuhalten, dass wir erkannt haben, dass eine frühere Maßnahme – für die wir nicht verantwortlich sind – zur Unübersichtlichkeit und zu einem sehr tragischen, tödlichen Unfall an dieser Stelle geführt haben.

(Ingrid Cords SPD: Was soll das denn?)

Die Unfallkommission der Behörden für Inneres und für Stadtentwicklung und Umwelt haben sich mit dieser Thematik sehr intensiv beschäftigt und festgestellt, dass dort sowohl von der Stadtentwicklungsbehörde als auch von anderen Stellen Baumaßnahmen geplant sind. Die Lösung war, dass die Baumaßnahmen so kombiniert werden, damit die Maßnahmen zur Steigerung des Verkehrsflusses erfolgreich sind und trotzdem mehr Sicherheit für Radfahrer gewonnen werden kann. Das ist eine intelligente Politik nicht nur für den Individualverkehr, sondern auch für Radfahrer. Für diesen Vorschlag gebührt der behördenübergreifenden Unfallkommission ein großer Dank. Ich hoffe, dass das auch so umgesetzt wird.

(Beifall bei der CDU)

Herr Lühmann, ich komme zum vorletzten Punkt, zu den Verkehrsverstößen. Auch dazu hat die CDU eine ganz klare Position. Die CDU begrüßt ausdrücklich die längst überfälligen Sonderaktionen der Hamburger Polizei bei Radfahrverstößen in Hamburg in den letzten Tagen. Denn das – wenn man sich einmal anschaut, wie sich Radfahrer im Straßenverkehr verhalten – reduziert Unfälle, Herr Lühmann. Das deckt sich auch mit den Meinungen und Einschätzungen vieler Hamburgerinnen und Hamburger, die nämlich auch die schwarzen Schafe unter den Radfahrern sehen.

Wenn ich sehe, wie Sie, Herr Lühmann, und die GAL mit diesem Thema umgehen, wird mir speiübel.

(Zurufe von der GAL)

– Ich glaube, dass ich das Wort "speiübel" benutzt habe, ist nicht so schlimm.

Ich werde das auch begründen. Herr Lühmann, Sie erwecken mit Ihren Anfragen und mit Ihrer Pressekonferenz tatsächlich den Eindruck, als ob dieser Senat dafür verantwortlich ist, wenn sich Radfahrer nicht an rechtliche Vorschriften halten. Das kann ich nicht akzeptieren und möchte Ihnen das gern belegen.

Sie schreiben in Ihrer Pressemitteilung – Radfahrer ausgebremst! Ergebnisse der Großen Anfrage zum Radverkehr –:

"Die Erwähnung polizeilicher Kontrollen hinsichtlich der Großen Anfrage als Fördermaßnahme muten etwas eigentümlich an!"

Hierzu könnte man vielleicht fragen, ob Sie keine polizeilichen Kontrollen mögen. Aber wenn man dann auch noch die Frage unter Punkt 12.2 Ihrer Großen Anfrage liest:

"Wie bewertet der Senat die daraus möglicherweise resultierende Unfallgefahr, wenn Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer vermehrt dazu neigen könnten, nicht mehr an jeder Kreuzung Grün anzufordern, sondern bei Rot zu fahren?",

dann erwecken Sie mit Ihren Fragen tatsächlich den Anschein, als ob Sie dafür Verständnis haben, wenn Menschen mit ihren Fahrrädern bei Rot die Fahrbahn

C

D

- A überqueren und sich nicht an die Straßenverkehrsordnung halten. Was würde das umgekehrt bedeuten, wenn wir sagen würden, dass die Autofahrer zu lange Rot haben? Haben wir dann Verständnis dafür, dass die Autofahrer dann bei Rot über die Ampel fahren? Auch das ist nicht akzeptabel und das kann in keiner Weise hingenommen werden.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von *Manuel Sarrazin GAL*)

Dafür haben wir kein Verständnis. Ich glaube auch, dass es richtig ist, dass sich die Verkehrsteilnehmer an Recht und Ordnung halten.

Ich komme zum letzten Punkt, zur Radwegebenutzungspflicht. Wer war dafür bis zum Jahre 2001 verantwortlich? Die Radwegebenutzungspflicht ist am 1. Oktober 1998 geändert worden. Es ist nichts geschehen, Sie haben in Hamburg nichts veranlasst, um auf diese geänderte Straßenverkehrsordnung einzugehen. Was haben Sie gemacht? Sie haben Schilder zur Radwegebenutzungspflicht über die ganze Stadt verteilt aufgebaut, bestehende Rechte von Radfahrern ignoriert und statt dessen Millionen von Euro für Poller oder für unnötige Radwege schlechter Qualität ausgegeben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie hätten sich lieber um die Umsetzung der geänderten StVO in Hamburg kümmern sollen. Aber zu diesem Zeitpunkt hatten Sie in Ihrer Fraktion noch keinen Experten.

Ich war sehr überrascht, als ich vor kurzer Zeit die "ADFC Radwelt" gelesen habe, denn darin wurde der Kollege Till Steffen lobenswert erwähnt. Warum wurde dies getan? –

- B Weil er mit Erfolg gegen die von Rotgrün angestrebte und auch umgesetzte Radwegebenutzungspflicht am Heussweg gekämpft und mit seiner Meinung für den ADFC rechtlich gesiegt hat. Das heißt, hier hat ein grüner Abgeordneter das bekämpft, was eine rotgrüne Regierung damals mit Erfolg umgesetzt hat. Herzlichen Glückwünsche, Herr Dr. Steffen! Das war eine Meisterleistung.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden, was dieses Thema angeht, jetzt Ihre Suppe auszulöffeln haben und in Einzelfallprüfungen weitere Straßen untersuchen müssen. Wir werden auch prüfen, auf welchen Straßen durch verstärkte Anwendung von Radfahr- und Schutzstreifen, die auf der Fahrbahn markiert werden können, sicherer und zügiger gefahren werden kann.

Das wird aus meiner Sicht natürlich etwas dauern, aber ich glaube, dass man dort eine kostengünstige Verbesserung des Radverkehrs erreichen kann. Mir bleibt als Resümee dieser Rede nur zu sagen: Dieser Senat hat bereits eine Menge für die Radfahrpolicy getan. Wir haben sehr viel Murks von Ihnen übernommen, sind aber auf dem richtigen Weg, um günstige und intelligente Maßnahmen für mehr und besseren Radverkehr in Hamburg zu treffen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – *Gesine Dräger SPD*: 20 Minuten und ein Argument!)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Frau Timmermann, Sie haben jetzt das Wort.

Karin Timmermann SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Hesse, auch mir war

bei dem, was Sie uns hier geboten haben, streckenweise C speiübel.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Mit Lautstärke macht man nicht deutlich, dass man Recht hat. Es war meines Erachtens streckenweise unerträglich, in welcher Art und Weise Sie uns etwas vorgegrölt haben.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Ich möchte bei diesem Thema zu mehr Sachlichkeit zurückkommen, weil es das Thema auch wert ist, sachlich und nicht mit einer derart überladenen Emotion behandelt zu werden.

Ich möchte am Anfang etwas richtig stellen. Es mag möglich sein, dass es Ihnen nicht gefällt, dass zu Zeiten von Rotgrün im Jahre 2001 in die Förderung des Radverkehrs noch 4,4 Millionen investiert wurden. Selbst wenn Sie den Bau der Velorouten mit einem Finanzvolumen von 2,2 Millionen Euro abziehen, bleiben – im Gegensatz zu den heutigen 200 000 Euro, die Sie für die Förderung des Radverkehrs ausgeben – immer noch 2,2 Millionen Euro nach. Von daher muss man alles das, was Sie hier gesagt haben, inhaltlich nicht mehr diskutieren; die Zahlen sprechen für sich.

(Beifall bei der SPD und bei *Christa Goetsch GAL*)

Vielleicht können wir uns jetzt dem Thema Radfahren in Hamburg sachlich nähern. Welche Priorität dem Thema Radfahren in dieser Stadt eingeräumt wird, wurde hier in den vergangenen Monaten immer wieder angesprochen.

In allen Diskussionen wurde darauf hingewiesen, dass dem Umgang mit den berechtigten Interessen der Radfahrer nach sicheren und befahrbaren Radwegen nicht in ausreichendem Maße Rechnung getragen wird. Die vorliegende Große Anfrage der GAL-Fraktion macht deutlich, dass der CDU-Senat eine aktive Förderung des Radverkehrs nur bedingt betreibt. Seine erste Priorität liegt in der Förderung des Autoverkehrs. Mittel für den Radverkehr werden auf ein nicht mehr hinnehmbares Minimum reduziert. Von einer gleichrangigen Verkehrspolitik ist dieser Senat sehr weit entfernt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich habe schon darauf hingewiesen, dass Rotgrün den Radverkehr noch mit 4,4 Millionen Euro gefördert hat, bei Ihnen jetzt nur noch 200 000 Euro verblieben sind, die Bezirke überhaupt keine Mittel mehr bekommen und man sich nicht wundern muss, dass überall in der Stadt Hinweisschilder stehen, die auf die schlechte Radwegequalität aufmerksam machen.

Zwar ist ein fließender Straßenverkehr für eine Metropole wie Hamburg notwendig und wünschenswert, dazu gehört aber auch, dass die Belange anderer, nicht motorisierter, Verkehrsteilnehmer gleichermaßen gefördert und berücksichtigt werden. Das ist in den vergangenen Jahren von diesem Senat auf alle Fälle nicht passiert.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Man könnte den Eindruck haben, dass für Sie Fahrradfahren nur etwas mit Freizeitgestaltung zu tun hat.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Für mich persönlich: Ja!)

– Das kann ich mir vorstellen.

- A Dass das Fahrrad aber für immer mehr Menschen zum Verkehrsmittel geworden ist und viele Kinder und auch Jugendliche das Fahrrad benutzen, um die Schule zu erreichen, hat dieser Senat anscheinend nicht realisiert. Es reicht nicht, sich nur um die Interessen der Fußgänger und Fahrradfahrer zu bemühen, sondern es müssen viel mehr konkrete Maßnahmen in Angriff genommen werden.

Herr Lühmann hat darauf hingewiesen, dass Hamburg die fahrradunfreundlichste Großstadt ist. Ein solches Ergebnis können Sie nicht ignorieren. Sie wollen die wachsende Stadt und das Einzige, was hier wächst, ist unter anderem das Desinteresse an Fahrradfahrern und an den Belangen der Fußgänger.

(Beifall bei der SPD und bei *Christa Goetsch GAL*)

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch noch einmal auf die Stellungnahme des ADAC hinweisen, der eher zu Ihnen als zu der Sozialdemokratie eine größere Nähe hat.

(*Michael Neumann SPD*: Da kann der ADAC ja nichts für!)

Darin konnte man lesen, dass der Radverkehr in Hamburg nicht vernachlässigt werden dürfe, es würden Ziele, Umsetzungskonzepte und Zeithorizonte fehlen, dass die Finanzierungen nicht definiert seien und dass konkrete Maßnahmen benannt werden müssten. Der ADAC hat Recht.

(Beifall bei der SPD)

- B Im Sommer konnten wir der Presse entnehmen, dass der Senat im Rahmen eines Maßnahmenpaketes die Familien stärken und in diesem Zusammenhang im Jahr 2006 ein Programm für die Verbesserung von Radwegen im Bereich von Schulen in Höhe von 2 Millionen Euro auflegen will. Wofür diese Mittel genau verwendet werden sollen, wer das Programm erarbeitet und umsetzt, ist zwar noch unklar. Es ist aber trotzdem ein Hoffnungsschimmer am Horizont und vielleicht als ein Umdenken zu werten, dass Sie tatsächlich mehr für die Förderung des Radverkehrs tun wollen. Hoffentlich folgen diesem Schritt noch viele weitere, sodass wir in Zukunft das Gefühl haben, dass Ihnen die Radfahrer wirklich am Herzen liegen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Das Wort hat jetzt Senator Dr. Freytag.

Senator Dr. Michael Freytag: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Fahrradfahren ist etwas Schönes. Ich freue mich auch, wenn dies hier im Hause propagiert wird. Herr Lühmann, besonders drollig ist für mich die Sicht der Grünen. Ich erinnere mich aus meiner Parlamentarierzeit, dass es Vorstöße von der GAL gab. Als Sie noch nicht mit regierten, wurden von Ihnen Dienstfahräder für Spitzenpolitiker gefordert.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Das änderte sich schlagartig, als die GAL in den Senat einrückte. Das Erste, was die GAL-Senatsvertreter machten, war, dass sie mit einem Dienstwagen vom Hof gefahren sind. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der CDU)

C Ich erinnere viele grüne Politiker, die mit Diensthubschraubern durch die Gegend fliegen.

(*Manuel Sarrazin GAL*: Das ist doch nicht wahr!)

Es ist in Ordnung, das kann man ruhig machen, aber man sollte sich daran messen lassen, wie man sich tatsächlich verhält und nicht daran, was in den Forderungskatalogen auf geduldigem Papier steht.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte gern einmal einige Fakten vortragen. Wir lassen uns natürlich bei unserer Verkehrspolitik von allen Verkehrsteilnehmern prägen. Eine richtige Verkehrspolitik ist nach meiner Überzeugung eine, die sowohl die Interessen der Fußgänger, der Radfahrer, des Auto- als auch des Wirtschaftsverkehrs in einer Metropole wahrnimmt. Genau das tun wir. Auch die Radfahrer – das werde ich Ihnen jetzt belegen – brauchen sich überhaupt nicht zu verstecken.

Sie haben in Ihrer Großen Anfrage bei einzelnen Haushaltstiteln abgefragt, wie viel Geld für das Radfahren ausgegeben werde. Hierbei haben Sie sich auf die Benennung einzelner Haushaltstitel bezogen. Lassen Sie uns einmal die Fakten beleuchten.

Schauen Sie sich die Haushaltspläne an: Zu den Investitionen im Straßenbau insgesamt gehören Straßen, Fußgängerwege und Radwege. In den letzten beiden Jahren rotgrüner Regierung – in der Zeit von 2000 bis 2001 – wurden hierfür insgesamt 53 Millionen Euro ausgegeben. In den ersten beiden Jahren des Ole-von-Beust-Senats wurde diese Summe auf 85 Millionen Euro erhöht. Der aktuelle Doppelhaushalt für 2005/2006 mit dem Sonderinvestitionsprogramm steigert diese Summe noch einmal auf 88,5 Millionen Euro. Das heißt, wir geben genug Geld für die Verkehrsinfrastruktur in unserer Stadt aus, und zwar wesentlich mehr als dies von Rotgrün gemacht wurde. Das nehmen Sie bitte einmal zur Kenntnis.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Willfried Maier GAL*: Und wie viel davon für Fahrräder?)

D Jetzt schauen wir uns einmal die Substanzerhaltung an. Diese spielt sowohl für die Fahrbahnen, Fußwege, aber auch für Radwege natürlich eine große Rolle. Dafür gibt es auch Haushaltsgelder.

In den letzten drei Jahren unter Rotgrün – 1999 bis 2001 – wurden für die Substanzerhaltung von Straßen und Radwegen 70,5 Millionen Euro ausgegeben. In den ersten drei Jahren – 2002 bis 2004 – des von-Beust-Senats waren es 91,8 Millionen Euro. Das sind 30 Prozent mehr. Auch hier braucht sich der Senat überhaupt nichts vorwerfen zu lassen.

Ich nenne noch eine Zahl. Wenn man die letzten beiden Jahre unter Rotgrün – 2000 und 2001 – mit dem aktuellen Haushalt von 2005/2006 vergleicht, dann gibt der jetzige Senat auch hier mehr Geld für die Instandhaltung aus als Sie es getan haben. Das sind Tatsachen, die Sie nicht verdrehen können. Denn was im Haushaltsplan steht, lässt sich nachprüfen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben sehr viele Verbesserungen für Radwege und auch neue Radwege auf den Weg gebracht. Natürlich haben die einzelnen Bezirke hier auch eine große eigenständige Funktion, denn die zugewiesenen Gelder sind natürlich auch in ihre Disposition gestellt, sodass von

- A ihnen auch Verantwortung vor Ort wahrgenommen werden muss.

Herr Kollege Hesse hat völlig zu Recht gesagt, dass nicht der Senat jede einzelne Maßnahme absegnet, sondern dass die Bezirke im Rahmen der Zuweisung selbst Verantwortung übernehmen.

Ich nenne einige konkrete Beispiele von Verbesserungen für Radfahrer und neue Radwege: Friedrich-Ebert-Damm, Heidenkampsweg, Am Stadtrand, Ölmühlenweg. Wir haben für die Jahre 2005 bis 2010 Maßnahmen ein erhebliches Volumen zur Instandhaltung an vorhandenen Hauptfreizeittrouten vorgesehen, und zwar für die Alster-radwanderwege, aber auch für den Nordseeküstenradweg. An der Straße Landwehr wird der Neubau eines Radweges mit 270 000 Euro und die Grundinstandsetzung des Straßenzugs Habichtstraße/Nordschleswiger Straße wird mit 265 000 Euro finanziert. Im wichtigen Bereich Bike and Ride gibt es zurzeit 14 000 Abstellplätze; diese Anzahl wollen wir weiter erhöhen. Auch hierfür sind im Haushalt 500 000 Euro vorgesehen.

Ich denke, dass dieser Senat bei der Abwägung seiner Verkehrspolitik ausreichend Gelder zur Verfügung gestellt hat. Ich würde natürlich gern noch mehr Geld ausgeben, aber die Haushaltslage ist so, wie sie ist. Wir haben aber bei einer schwierigeren Haushaltslage mehr Geld zur Verfügung gestellt, als es Rotgrün getan hat. Wir wollen einen sicheren und fließenden Verkehr für Radfahrer, Fußgänger und Autofahrer in Hamburg. Nur daran werden wir unsere Verkehrspolitik ausrichten. Mit einem Heldentum nach Ladenschluss ist niemandem gedient.

(Beifall bei der CDU)

B

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Lühmann hat jetzt das Wort.

Jörg Lühmann GAL: Herr Senator, Ihre Zahlen stimmen alle. Es ist völlig richtig, Sie haben mehr Geld ausgegeben.

(Beifall bei der CDU)

Aber Sie haben das Geld für die Förderung des Autoverkehrs und nicht für den Radverkehr ausgegeben. Tun Sie doch nicht so und verdrehen Sie hier nicht die Tatsachen.

Sie verweisen auf das, was in den Bezirken geschieht. Ich kann Ihnen sagen, was dort geschieht.

(*Klaus-Peter Hesse CDU:* Du kannst ja auch ganz laut!)

– Ja, jetzt werde ich laut.

Sagen Sie doch, was der Bezirk Harburg geantwortet hat: Es können nur noch die nötigsten Instandhaltungsarbeiten durchgeführt werden. In den Bezirken Eimsbüttel und Altona können Planungen nicht mehr umgesetzt werden, weil das Geld, nicht die Einsicht fehlt. Was erzählen Sie denn da?

Absurde Argumente werden auch durch ständige Wiederholungen nicht besser, Herr Hesse. Sie sind mittlerweile verantwortlich, denn Sie regieren seit vier Jahren zumindest mit. Also sind Sie jetzt für den Zustand der Straßen und Radwege zuständig.

(*Klaus-Peter Hesse CDU:* Genau, aber auch nicht länger!)

– Wir auch vier Jahre, mein Lieber.

C

Zur segensreichen Erfindung des Pollers: Sie haben diese radikal weggeholt und der Fahrradklimatest sagt aus, dass die Radwege massiv von Autos zugeparkt seien.

(*Petra Brinkmann SPD:* Stimmt!)

Gibt es hier einen Zusammenhang? Ja oder Nein? – Natürlich gibt es ihn. Sie erzählen hier doch Quatsch!

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Dann zum Thema Radfahren in Grünanlagen. Es hat keine auffällige Beschwerdelage geben, bis Sie den Radfahrern Ihren SOD an den Hals gehetzt haben.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der SPD)

Jetzt wurde von Ihnen ein Problem in ritterlicher Art und Weise gelöst, das Sie sich selbst eingebrockt haben. Was erzählen Sie denn hier?

(*Klaus-Peter Hesse CDU:* Es bleibt doch eine unklare Rechtslage!)

Beim Thema Telematik lassen Sie jetzt die Katze aus dem Sack: Sie wollen den Radverkehr gar nicht fördern, sondern ihn definitiv schlechter behandeln als den Autoverkehr. Was Sie vorhaben, kann man nicht deutlicher sagen. Das ist wirklich eine direkte Kampfansage ausge-rechnet an den stadt- und umweltverträglichsten Verkehr in Hamburg.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Es liegen mir jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann stelle ich fest, dass die Große Anfrage, Drucksache 18/2694, besprochen worden ist.

D

Ich rufe den Punkt 46 auf, Drucksache 18/2872, Antrag der CDU-Fraktion: Unbefristete Verlängerung der HVV-Nachtfahrten an Wochenenden und gesetzlichen Feiertagen.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Unbefristete Verlängerung der HVV-Nachtfahrten an
Wochenenden und gesetzlichen Feiertagen
– Drucksache 18/2872 –]**

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Trepoll.

(*Michael Neumann SPD:* Am Wochenende wird es nicht mehr hell bei dem Antrag!)

André Trepoll CDU: – Nein, wir wollen den Kollegen Hesse ein bisschen entlasten. Deshalb stehe ich hier. Es ist ihm nicht zuzumuten, noch einmal gegen die beiden Redner von vorhin anzutreten.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Für Hamburgs Nachtschwärmer und Berufstätige hat sich seit dem 17. Dezember 2004 einiges geändert.

Nach der Einführung des durchgängigen Nachtfahrbetriebes des HVV gehört das bisherige ungewollte Ende einer Partynacht um halb eins endlich der Geschichte an. Mussten sich Hamburgs Partygänger vor der Umstellung auf den Winterfahrplan 2004/2005 entweder strikt an die

- A Abfahrtszeiten der letzten U- und S-Bahn-Züge halten, einen ihrer Mitstreiter als Fahrer berufen oder als letzte Möglichkeit auf die Taxen zurückgreifen, kann man nun ohne einen gestressten Blick auf die Uhr Hamburgs Nachtleben genießen.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt ist es endlich möglich, nach Gutdünken zum nächstbesten S- oder U-Bahnhof zu gehen und im Zwanzigminutentakt nach Hause zu fahren. Entsprechendes gilt beispielsweise auch für eine Krankenschwester oder für einen Schichtarbeiter, die möglichst schnell nach einem anstrengenden Nachtdienst nach Hause fahren möchten.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Deshalb ist es gut und richtig, dass die CDU-Fraktion für dieses Projekt den Stein ins Rollen gebracht hat.

Damit wir uns richtig verstehen: Die CDU-Fraktion erhebt keinen Alleinvertretungsanspruch für die Idee, dass die U- und S-Bahnen am Wochenende durchgängig fahren,

(Beifall bei Jörg Lühmann GAL)

denn mittlerweile wird dieses Thema seit Anfang der Neunzigerjahre bewegt. Ob die Idee dazu von der CDU, vom Jugend im Parlament oder ob die Junge Union für dieses Projekt auf dem Hamburger Kiez mehr als 10 000 Unterschriften gesammelt hat, ist nicht entscheidend. Entscheidend ist,

- B (Klaus-Peter Hesse CDU: Wer es umgesetzt hat!)

dass die CDU-Fraktion und der Verkehrssenator dieser Idee endlich zur Umsetzung verholfen haben. Das ist entscheidend.

(Beifall bei der CDU)

Darauf kommt es an. Gute Ideen zu haben, reicht allein nicht aus, sondern sie müssen auch verwirklicht werden.

(Klaus-Peter Hesse CDU: So ist es!)

Mit diesem Service hat es Hamburg als Deutschlands zweitgrößte Metropole endlich geschafft, zu einer Stadt wie Berlin aufzuschließen, denn dort fahren die U- und S-Bahnen schon seit längerem an Wochenenden nachts durch, allerdings nur in unterschiedlichen Takten zwischen 15 und 60 Minuten. In Hamburg bieten wir dagegen einen durchgängigen Takt von zwanzig Minuten an.

Der Erfolg dieses Projekts hat sich bereits im Mai 2005 abgezeichnet. Die zunächst kritischen Stimmen verstummten mit der Bekanntgabe der ersten Erhebung. Danach sind vor allem die Linien, die St. Pauli und die Reeperbahn bedienen, gut ausgelastet. Diese durchweg positive Entwicklung lässt sich auch anhand der Zahl der Fahrgäste insgesamt ablesen.

Nach Informationen des HVV fahren in den Zügen der Linien U 3, S 1 und S 3 nachts durchschnittlich zwischen 370 und 600 Fahrgäste pro Zug. Vor der Einführung der durchgängigen Wochenendfahrten nutzten durchschnittlich 30 000 Fahrgäste das Nachtbusnetz des HVV. Nach Beginn des neuen Angebotes bei den Schnellbahnen stieg im ersten Quartal 2005 die Zahl der Fahrgäste am Wochenende auf durchschnittlich 60 000 an.

Diese Zahl ist nach einer neuen Erhebung sogar nochmals auf 70 000 Fahrgäste angestiegen und es kommen noch weitere 20 000 Fahrgäste bei den Buslinien hinzu. Zusammengefasst kann man sagen: Jetzt nutzen nachts 90 000 Menschen den öffentlichen Nahverkehr am Wochenende, vorher waren es 30 000. Das ist eine Verdreifachung.

Das Angebot wird stark von Berufstätigen und Nachtschwärmern angenommen. Das zeigt, dass diese Menschen schon seit Jahren auf ein entsprechendes Angebot gewartet haben. Wenn gerade in der Öffentlichkeit zunehmend diskutiert und gefordert wird, dass die Bürger freiwillig – anstatt das Auto zu benutzen – auf die Alternative der öffentlichen Verkehrsmittel ausweichen sollen, so ist dies nur möglich, wenn der öffentliche Nahverkehr auch entsprechend flexibel gestaltet wird. Das haben wir getan.

(Beifall bei der CDU)

Nicht nur die Hamburger Bürgerinnen und Bürger profitieren von unserem Angebot, sondern auch die Tourismus- und die Gastronomiebranche. Schließlich können – bedingt durch die nun nachts durchgehenden Fahrten der U- und S-Bahn – Gäste der Restaurants oder kulturellen Attraktionen Hamburgs nach beispielsweise einem netten Musical- oder Theaterabend diesen noch mit einem Glas Wein gemütlich und ohne zeitlichen Druck ausklingen lassen, da in jedem Fall noch eine S- oder eine U-Bahn fährt.

Wir haben auch Mehreinnahmen von den Wochenenden zu erwarten. Wir gehen von mehr als 0,7 Millionen Euro aus und dass sich die Mehrkosten auf circa 3,1 Millionen Euro reduzieren, da der zusätzliche Verkehr der S-Bahn aus den Regionalisierungsmitteln des Bundes mit finanziert wird.

Trotz der steigenden Fahrgastzahlen wurde die Sicherheit der Menschen auch nicht außer Acht gelassen. Auf den U- und S-Bahnhöfen sind die Bahnaufsichten verstärkt und vermehrt auf Streife geschickt worden. Ich glaube, das ist auch richtig und notwendig.

(Beifall bei der CDU)

Das ist ein erstes Fazit nach einjähriger Probezeit des Projekts, des Rundum-Sorglos-Pakets für alle, die am Wochenende eine von Hamburgs zahlreichen Attraktionen, Kneipen oder Diskotheken besuchen wollen oder aufgrund ihres Berufes auch an Wochenendnächten arbeiten müssen. Wir können dies leider noch nicht allen Bürgern garantieren, weil wir bisher nur einen relativ großen Kernbereich abdecken. In unserem Antrag fordern wir die umliegenden Kreise auf, sich diesem Angebot anzuschließen. Wir hoffen, dass dies auch geschehen wird.

Ich gehe davon aus, dass auch die Opposition unserem Antrag zustimmen wird. Wir wollen die unbefristete Verlängerung des Nachtfahrgabots des Hamburger Verkehrsverbundes an Wochenenden. Weiterhin treten wir dafür ein, durch Gespräche mit den Umlandkreisen für eine Ausweitung dieses Angebots auf den erweiterten HVV-Verbund zu werben, damit diese Erfolgsgeschichte weitergehen kann. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

C

D

A Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Timmermann.

Karin Timmermann SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Den vorliegenden Antrag können wir vom Tenor her unterstützen.

Maßnahmen zu treffen, die dazu beitragen, dass das Angebot des öffentlichen Nahverkehrs vermehrt genutzt wird, ist immer eine gute Sache, nicht nur an Wochenendnächten. Das gilt insbesondere für HVV-Nachtfahrten, denn die jährlichen Unfallstatistiken zeigen uns immer wieder, dass es leider vermehrt Unfälle insbesondere jugendlicher Fahranfänger gibt, die nach nächtlichem Feiern und übermäßigem Alkoholgenuß ihre Fahrtauglichkeit überschätzen, das Fahrzeug nehmen und nicht den HVV nutzen.

Vonseiten des HVV eine attraktive und kostengünstige Alternative anzubieten, ist der richtige Ansatz und wird vermutlich Unfälle vermeiden und Leben retten. Wir wünschen uns allerdings, dass mit der Verlängerung der Nachtfahrten an Wochenendnächten gleichermaßen für die Sicherheit der Fahrgäste gesorgt wird. Dies war nämlich in den ersten Monaten nicht im ausreichenden Maße gewährleistet.

Meiner Kleinen Anfrage konnte man entnehmen, dass es Anfang des Jahre 2005 vermehrt zu Vorkommnissen durch Randalierer gekommen ist. In den ersten vier Monaten gab es 210 Vorkommnisse und allein in 49 Fällen musste die Polizei eingeschaltet werden. Diese Zahlen beziehen sich nur auf die S-Bahn. Die Hamburger Hochbahn konnte oder wollte leider keine Angaben zu diesem Themenkomplex machen.

B Derartige Fälle müssen weitestgehend durch verstärktes Sicherheitspersonal vermieden werden, damit die Attraktivität dieses Angebots erhalten bleibt und weiterhin mehr Fahrgäste dieses Angebot nutzen.

Von daher fordern wir den Senat auf, entsprechend für die Sicherheit zu sorgen und dafür Sorge zu tragen, dass Personal vorhanden ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Lühmann.

Jörg Lühmann GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Erfolg hat, wie immer, viele Väter. Gute Ideen können sich vor Ideengebern gar nicht retten. Der Vorschlag, Nachtfahrten der U- und S-Bahnen einzuführen, wurde bereits in den Neunzigerjahren breit diskutiert. Es liegt der Eindruck nahe, dass es am Ende tatsächlich geklappt hat, weil Senator Metzbach kurz vor der Wahl noch ein Wahlgeschenk verteilen wollte.

Das soll den Erfolg in der Sache nicht schmälern, denn hier ist tatsächlich eine richtige Entscheidung gefällt worden. Ein attraktives Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs steigert offensichtlich die Akzeptanz desselben und es kann zu erheblichen Verlagerungen von Verkehr zugunsten des öffentlichen Personennahverkehrs führen. Das ist eine vernünftige Sache, die wir alle nur begrüßen können. Insofern ist das richtig.

Es war auch klar, dass es in dem Moment, in dem ein einjähriger Probetrieb eingeführt würde, unglaublich schwer sein würde zu sagen, das lassen wir wieder blei-

ben. Das war in dem Moment klar, als man gesagt hat, man nimmt den Probetrieb auf.

Interessant, Herr Trepoll, ist allerdings, dass Sie wissen, wer da fährt, und der HVV nicht. Der HVV hat keine Fahrgastbefragungen durchgeführt, der HVV kann nicht sagen, mit welchen Verkehrsmitteln welche Leute vorher gefahren sind. Sie wissen das. Offensichtlich feiern Sie viel und unterhalten sich viel mit den Leuten, die nachts in der S-Bahn fahren. Aber trotzdem, es ist ein Erfolg, er sei Ihnen gegönnt.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Herr Senator Dr. Freytag.

Senator Dr. Michael Freytag: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Hier sind die Zahlen in Frage gestellt worden, Herr Lühmann.

(Jörg Lühmann GAL: Nein, das ist nicht wahr!)

Ich kann Ihnen die Zahlen liefern. Wir hatten vor Einführung des durchgehenden Nachtbetriebes an Wochenenden im Nachtbusbetrieb 30 000 Fahrgäste.

(Jörg Lühmann GAL: Das ist doch unbestritten, Herr Freytag!)

Im ersten Quartal 2005 – die Zahlen sind so eindrucksvoll, dass ich sie Ihnen gerne noch einmal vortrage – hat sich diese Zahl – nur bei den Schnellbahnen – auf 60 000 erhöht. Hinzu kommen auch noch die Nachtbusse. Die aktuellen Zahlen, die mir jetzt gerade vom HVV geliefert worden sind, weisen eine Steigerung auf 70 000 aus. Das heißt, 70 000 Menschen pro Nacht nutzen die Schnellbahnen und weitere 20 000 den Nachtbusbetrieb.

(Manuel Sarrazin GAL: Das ist doch klasse!)

Wir haben also eine Verdreifachung von 30 000 auf 90 000. Das ist Metropole Hamburg – Wachsende Stadt. Wir klappen die Kantsteine nachts nicht hoch. Ein erfolgreiches Programm, wir setzen es fort.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/2872 an den Stadtentwicklungsausschuss zu, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Ich lasse in der Sache abstimmen.

Wer möchte den Antrag aus der Drucksache 18/2872 annehmen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 4, der Großen Anfrage der SPD-Fraktion: Mitwirkung von Eltern in Schulen.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Mitwirkung von Eltern in Schulen
– Drucksache 18/2321 –]**

C

D

- A Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Schulausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Boeddinghaus, bitte.

Sabine Boeddinghaus SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Dinges-Dierig, ich erinnere mich noch gut daran, als Sie bei Ihrem Amtsantritt den Eltern einen intensiven und dauerhaften Dialog versprochen und ihnen damit große Hoffnung auf Verbesserungen machten. Ich kann mich auch deshalb so genau daran erinnern, weil ich selbst Teil dieser Elternschaft bin, einer Elternschaft, die in ihren Interessen und Bedürfnissen sehr vielfältig und unterschiedlich ist, die aber durch einen zentralen Wunsch geeint ist, nämlich dem Wunsch nach Sicherheit, was die Betreuung und Chancen ihrer Kinder angeht.

(Beifall bei der SPD)

Die Realität ist leider von der Erfüllung dieses Wunsches weit entfernt. Zum einen fühlen sich die Eltern von Ihnen verraten, weil Sie ihnen beziehungsweise ihren Kindern entgegen früherer Zusagen immense Gebühren und Verschlechterung an den Schulen zumuten. Zum anderen vermitteln Sie ihnen den Eindruck, ihre Mitarbeit ist in Wahrheit gar nicht erwünscht, wenn es zum Beispiel um die Berücksichtigung zahlreicher Stellungnahmen zum Schulentwicklungsplan oder – jüngst erlebt – zur Einführung des Büchergeldes geht.

Von der Elternkammer bis zu den einzelnen Elternräten hagelte es massive Kritik ob der viel zu engen Fristen. Sie ist aber seltsamerweise bei der Behördenleitung nicht angekommen, wie wir später noch sehen werden.

- B Die Eltern leisten in ihrer Freizeit, Frau Senatorin, einen Berg von ehrenamtlicher Arbeit und bekommen von Ihnen so gut wie keine Resonanz darauf.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Blömeke GAL*)

Das frustriert und demotiviert engagierte Eltern zutiefst und veranlasst noch unentschlossene Eltern nicht gerade zum Mitmachen. Kurz gesagt: Eltern fühlen sich von Ihnen eher im Stich gelassen als in ihrer Arbeit wertgeschätzt. Unter Ihrer Verantwortung, Frau Dinges-Dierig, ist die Luft für Hamburgs Eltern sehr dünn geworden.

Da die Mitwirkungsrechte der Eltern im Hamburger Schulgesetz genau definiert und festgelegt sind und eine zukunftsfähige Schule nur gemeinsam mit den Eltern funktioniert, liegt es nahe, einmal genau nachzufragen, wie es um die konkrete Realisierung der Mitbestimmungsrechte der Eltern an den Schulen bestellt ist.

Das haben wir mit der vorliegenden Großen Anfrage gemacht und müssen leider bei der Auswertung der Senatsantwort feststellen, dass die zuständige Behörde so gut wie keine Erkenntnisse über die Realität der Elternmitwirkung an den Schulen hat.

(*Wilfried Buss SPD*: Beschämend!)

Vielmehr beruft sie sich immer wieder auf eine Erhebung, die sie im Jahre 2002 zu diesem Thema zusammen mit der Elternkammer durchgeführt hat. Neue Erhebungen zur Beantwortung dieser Großen Anfrage werden verweigert.

Dies ist natürlich vor dem Hintergrund rasanter und tief greifender Veränderungen, die seit 2002 an den Schulen

stattgefunden haben – beispielsweise die Einführung des Lehrerarbeitszeitmodells oder die Schulgesetznovellierung im Juni 2003 –, völlig inakzeptabel.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Blömeke GAL*)

Zu Beispielen im Einzelnen: Elternsprechtage. Die Behörde misst den Elternsprechtagen eine hohe Bedeutung bei. Zu Recht, wie ich finde, sind doch die Elternsprechtage ein wichtiger Baustein in der Kommunikation zwischen Schule und Elternhaus. Umso erstaunlicher ist es, dass die BBS aber nicht weiß, wie häufig und flächendeckend solche stattfinden.

Insbesondere erklärt sie sich für unwissend hinsichtlich der Frage, was sich bei Regelmäßigkeit und Zeitaufwand von Elternsprechtagen seit Einführung des Lehrerarbeitszeitmodells geändert hat.

Auch stellt die Behörde keinerlei Überlegungen an, wie man Gesprächsmöglichkeiten für Lehrer und Eltern in der Zukunft attraktiver gestalten könnte, um auch insgesamt für ein besseres Schulklima zu sorgen, was dringend erforderlich wäre.

Unterrichtsausfall – wahrlich die Achillesferse eines jeden Präses der Bidesbehörde. Nichts treibt Eltern mehr um als die Sorge, ihre Kinder könnten den versäumten Lernstoff nicht aufholen und in den Prüfungen versagen. Sind Ihnen, Frau Dinges-Dierig, diese Sorgen der Eltern bekannt? Offenbar nicht, denn es gibt in der Antwort auf unsere Große Anfrage keine Angaben über das reale Maß des Unterrichtsausfalls. Offenbar wollen Sie es auch gar nicht wissen.

Da passt es auch ins Bild, dass die Behörde keinerlei Interesse an der Frage zeigt, welche Mittel die Eltern in ihrer Not mittlerweile für private Nachhilfe und Weiterbildungsangebote ausgibt, obwohl aktuelle Untersuchungen vorliegen.

Zu den Klassenkonferenzen, in denen die zuständigen Lehrkräfte zusammen mit den Elternvertretern und -vertreterinnen über die pädagogischen und disziplinarischen Belange der jeweiligen Klassen beraten. Sie müssen vom Gesetz her mindestens zweimal im Jahr stattfinden. Aus der eingangs erwähnten Erhebung von 2002 wissen wir, dass dies an circa 20 Prozent der Schulen real nicht der Fall war. Wo sie stattfinden, erfolgt dies leider viel zu häufig aufgrund disziplinarischer Notwendigkeiten und viel zu selten, um pädagogische Aspekte der jeweiligen Klasse in den Mittelpunkt zu stellen. Angesichts dessen ist sowohl die Weigerung der Behörde, hierzu aktuelle Daten zu erheben, als auch die Tatsache, dass seit 2002 daraus keine entsprechenden Konsequenzen gezogen werden, völlig unverständlich und zeugt von einer erstaunlichen Ignoranz seitens der Behörde.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Beratungs- und Unterstützungsangebote für Eltern angesichts der anhaltenden öffentlichen Debatte über Erziehungsprobleme der Eltern kommt diesen Angeboten eine steigende Bedeutung zu.

Unsere Frage, ob diese Angebote und Kapazitäten ausreichen, bejaht der Senat. Wir sind dagegen der Meinung, diese Angebote müssen ausgebaut werden, sowohl in die Fläche als auch durch zusätzliche Ressourcen.

(Beifall bei der SPD)

C

D

- A Auch bei dem Komplex Erziehungspartnerschaften und besonders bei der Umsetzung der Rechte der Eltern im Falle von Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen möchte ich ausdrücklich die sehr engagierte und erfolgreiche Arbeit der zuständigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Behörde würdigen. Auch in diesem sensiblen Bereich der Kommunikation zwischen Schule und Eltern ist ein Ausbau von Unterstützungsangeboten sehr wünschenswert. Das sage ich auch aus meiner eigenen Erfahrung als langjährige Elternvertreterin und Mutter dreier schulpflichtiger Kinder.

Leider ist den Angaben des Senats zu entnehmen, dass die Verfahrensweisen an den einzelnen Schulen zu den Anhörungsrechten der Eltern nur sehr vage gefasst sind. Insbesondere fehlen klare Regelungen bezüglich der Information, der Fristen und der Dokumentation der Ergebnisse, obwohl Letztere gesetzlich in Paragraph 49 Absatz 5 vorgeschrieben ist.

(Wilfried Buss SPD: Hört, hört!)

Bei der Frage nach der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte im Umgang mit Konflikten mit den Eltern muss der Senat konstatieren, dass hier noch ein weißer Fleck herrscht. Gerade dieser Aspekt ist aber zentral, wenn wie in Paragraph 3 des Hamburgischen Schulgesetzes eine vertrauensvolle Zusammenarbeit gefordert ist.

Die Schulkonferenz, das einzige schulische Gremium, in dem Eltern, Schüler, Schülerinnen und Lehrkräfte gemeinsam über die allgemeinen Belange der Schule beraten und beschließen, muss mindestens viermal im Jahr stattfinden. Aus der schon zitierten Erhebung von 2002 wird deutlich, dass diese Vorgabe in jeder zweiten Schule aber gar nicht eingehalten wird. Auch hier sind von der BBS bis dato keine Konsequenzen gezogen worden. Sie verweist lediglich in der Antwort bei der Umsetzung dieser Vorgabe lapidar auf die Zuständigkeit der Schulleitung. Das ist aus unserer Sicht sehr fahrlässig und verantwortungslos.

B

(Beifall bei der SPD)

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Senat durchweg nur vage bis gar keine Informationen über den tatsächlichen Stand und die Probleme der Arbeit der Elternvertreterinnen an den Schulen hat. Er hält sie offenbar auch nicht für interessant, denn er verweigert die Erhebung diesbezüglicher Daten.

Dies gilt auch für die praktische Realisierung der Anhörungs- und Stellungnahmenrechte der Elternvertretung an den Schulen. Wie ich zu Beginn schon andeutete, dass in der Praxis oftmals zu enge Fristen die Mitwirkungsmöglichkeit der Eltern einschränken, ist in der Behörde weder bekannt noch von Interesse. Dies ist eine bittere Erkenntnis für Eltern, die sich tagtäglich in den Schulen ehrenamtlich engagieren.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Gerade hier verschenkt die Behörde aber durch ihr Wegsehen ein großes Potenzial an Eltern mit ihren jeweiligen Professionen, mit ihren unterschiedlichen kulturellen Erfahrungen, die wir aber alle für die Weiterentwicklung einer demokratischen Schule dringend brauchen.

Darum misst die SPD-Bürgerschaftsfraktion der aktiven Elternmitwirkung an den Schulen einen hohen Stellenwert bei. Wir werden deshalb auch in Rücksprache mit den zahlreichen Elternvertretungen einen Antrag in die Bür-

gerschaft einbringen, der die Mitbestimmungsrechte der Eltern vor Ort an den Schulen stärken möchte und – ganz wichtig – Wege aufzuzeigen versucht, wie auch Eltern zur Mitarbeit motiviert werden können, die noch abseits stehen.

C

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Das geht aber nur über eine stärkere Verpflichtung der Behördenleitung, dafür Sorge zu tragen, dass die Grundlagen an jeder Schule geschaffen werden, auf denen sich Lehrkräfte und Eltern auf gleicher Augenhöhe begegnen und gemeinsam Verantwortung zum Wohle der Kinder übernehmen können.

Dieser Prozess kann nicht alleine der jeweiligen Schule überlassen bleiben, er muss von der Behördenleitung gewollt sein und aktiv mitgestaltet werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Meyer-Kainer.

Marita Meyer-Kainer CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Boeddinghaus, Ihr Interesse an Details in allen Ehren, aber halten Sie es wirklich für sinnvoll,

(Wilfried Buss SPD: Ja!)

an über 400 Schulen sämtliche Informationen zu sammeln?

(Britta Ernst SPD: Ja!)

Ihre Aussage, der Senat habe keine Informationen über Ausmaß und Probleme der Elternarbeit, entspricht schlicht nicht der Wahrheit.

D

(Beifall bei der CDU)

Zudem muss man sagen, dass manches in die Autonomie der Schulen fällt und von Fall zu Fall entschieden wird. Sie glauben jedoch, der Staat sollte mehr kontrollieren, mehr regeln und mehr Fakten zusammenlegen.

(Gerhard Lein SPD: Wissen, nicht kontrollieren!)

Glauben Sie nicht, dass Elternmitwirkung von Interesse und Motivation lebt und weniger von Reglementierungen?

(Beifall bei der CDU)

Sicher, meine Damen und Herren, rechtliche Regelungen muss es geben. Dazu komme ich auch gleich noch. Aber Ihr Ansatz geht meines Erachtens über das Ziel hinaus.

(Beifall bei der CDU – Gesine Dräger SPD: Wo ist denn das Ziel?)

Meine Damen und Herren, wir sind uns doch heute einig, dass die Mitwirkung von Eltern an Schulen wichtig ist und im Ergebnis auch funktionieren muss. "Erziehungsverantwortung ist eine gemeinsame Aufgabe von Elternhaus und Schule und ein unverzichtbarer Auftrag der Gesellschaft", so heißt es zu Beginn der "Bonner Erklärung: Gemeinsame Erziehungsverantwortung in Schule und Elternhaus stärken".

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Nur wenn es gelingt, die Zusammenarbeit von Schule und Elternhaus zu festigen, und eine Kommunikation stattfindet, kann es gelingen, den Erziehungsauftrag

- A angemessen zu verwirklichen. Deshalb ist die Mitwirkung von Eltern in Schulen auch so wichtig.

Die rechtlichen Maßstäbe dazu sind in den Paragraphen 68 bis 75 des Schulgesetzes umfassend geregelt. Hierbei handelt es sich jedoch nur um ein Minimum dessen, was unbedingt erforderlich ist. Deshalb ist es auch nicht akzeptabel, wenn einige Schulen Klassenkonferenzen und Schulkonferenzen nicht in dem geforderten Umfang durchführen.

Das mag auch den Grund haben, dass es bestimmte Schulen und Schulformen gibt, an denen die Mitwirkung der Eltern leider nicht so ausgeprägt ist, wie wir es uns alle hier wünschen.

(Wilfried Buss SPD: Genau!)

Hier müssen die Schulleitungen an die Eltern herantreten und sich auch dann zunächst um ein informelles System der Elternberatung kümmern. Insofern gibt es in einer Metropole Hamburg unterschiedliche Niveaus der Mitwirkung. Ziel muss es aus meiner Sicht sein, die Erziehungskompetenz aller Eltern zu stärken, um Eltern umfassend in die Lage zu versetzen, den Bildungsprozess der Kinder zu verstehen und zu begleiten und – sofern dies gewünscht ist – auch mitzugestalten.

(Wilfried Buss SPD: Und wie machen Sie das?)

Der von der Behörde für Bildung und Sport herausgegebene Elternratgeber "Wir reden mit", der in diversen Sprachen erschienen ist, informiert umfassend über diese Thematik.

- B Aus der Elternarbeit weiß ich, dass der überwiegende Teil der Eltern mitwirken möchte. Die Veränderungen im Schulsystem, die schon angelaufen sind und auch noch folgen werden, machen diese Mitwirkung noch stärker erforderlich als je zuvor.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Das ist wahr!)

Die Herausforderungen, vor denen Eltern und Schulen in der Erziehung der Kinder stehen, sind in den letzten Jahren größer geworden. Wenn wir diese Herausforderungen bestehen wollen, dann müssen wir alle Eltern einbeziehen, auch diejenigen, die aus sozial schwierigen Verhältnissen kommen oder aufgrund von Sprachschwierigkeiten weniger Gestaltungsmöglichkeiten nutzen. Wo die Schulen im Einzelfall die Informationsmöglichkeiten nicht ausreichend anbieten, obliegt es den Eltern oder im Zweifelsfall der zuständigen Behörde, für die Durchsetzung zu streiten.

Die Große Anfrage zeigt, dass es hier Kontrollmöglichkeiten für die Behörde gibt. Sehr gute Ansätze, die Mitwirkung von Eltern zu verbessern, bieten sich durch die Autonomie der Schule und durch den Ausbau der Ganztagschulen. Erziehungsvereinbarungen und gemeinsame Verabredungen können zudem zur Weiterentwicklung der Erziehungs- und Lernkultur wesentlich beitragen und sollte aus meiner Sicht in Zukunft auch noch stärker genutzt werden.

(Beifall bei der CDU)

Hier sind jedoch die einzelnen Schulen vor Ort gefragt, meine Damen und Herren, und nicht immer nur der Staat. Nicht zuletzt wird auch ein stärkerer Wettbewerb unter den Schulen dazu beitragen, dass die Bedeutung der Elternmitwirkung steigt. Hier setze ich auf einen positiven Wettstreit um die besten Konzepte.

Worauf Sie setzen, meine Damen und Herren der SPD, haben Sie in Ihrer Presseerklärung zwar verkündet, aber bis heute noch keinen Antrag dazu vorgelegt. Vielleicht liegt es auch daran, dass Ihre 15 Punkte im Grunde wenig revolutionär sind. Sie wollen im Wesentlichen mehr Geld, mehr Daten und mehr Regulierung.

(Wilfried Buss SPD: Wir sind ja auch keine Revolutionäre!)

Dabei tun Sie so, als würden die Eltern überhaupt nicht informiert und als sei Elternmitwirkung in der Bildung kein Thema, obwohl die Große Anfrage Sie eigentlich eines Besseren hätte belehren müssen. Eine Hotline zur Erfassung des Unterrichtsausfalls und last but not least die Anerkennung die Elternarbeit als Ehrenamt sind Ihre einzigen kreativen Vorschläge. Das ist wahrlich sehr dürrig, meine Damen und Herren aus der Opposition.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Meyer-Kainer, es geht nicht um mehr Regelungen oder noch mehr Gesetze, es geht in erster Linie um den Geist, die Philosophie, die zum Beispiel eine Präambel eines Schulgesetzes ausstrahlt. Sie haben sich bei der letzten Schulgesetznovellierung davon verabschiedet, sodass die Elternmitbestimmung tatsächlich reduziert wurde.

Ich bin der festen Überzeugung – ich rede hier als Mutter, als Lehrerin und als Politikerin, sehe also die verschiedenen Blickwinkel –, dass Elternmitarbeit für das Gelingen von Schule eine zentrale Rolle spielt. Wenn ich von einer demokratischen Schule ausgehe, kann Schule nur gelingen, wenn auch die Eltern entsprechend mit einbezogen sind und mitarbeiten. Darüber sind wir uns im Großen und Ganzen einig, es stellt sich nur die Frage, welche Wege oder welche Rahmen gegeben werden müssen. Es geht um die zentrale Rolle der Elternmitarbeit, übrigens auch der Schülermitarbeit. Sie sprechen immer von der autonomen Schule. Sie ist nicht deshalb eine autonome Schule, weil sie betriebswirtschaftlich arbeitet, ein Budget hat und all die Dinge, die zu einer autonomen Schule gehören, sondern eine autonome Schule ist eine demokratische Schule, die die Beteiligung, gerade der Eltern, zulässt. Das ist natürlich mehr als die Arbeit der Milchmütter und das Betreiben der Cafeterien, was immer so gern den Eltern, denen es möglich ist, dort mitzuhelfen, übergeben wird, sondern es ist tatsächliche Teilhabe.

Wir haben in den Jahren bis 2001 ein sehr schönes Beispiel gehabt, nämlich die Eltern beim Schulprogramm mitzubeteiligen. Das war der erste wirklich große Prozess, der sicherlich nicht an allen Schulen in vollem Umfang so wahrgenommen wurde. Diese Prozesse würde ich im Rahmen der Entwicklung von autonomer Schule befürworten. Die Schulprogrammentwicklung ist leider bei Ihrer Regierung wieder eingeschlafen.

Es geht nicht nur um Rahmenbedingungen und Gremienarbeit, sondern um die Philosophie einer autonomen Schule mit Partizipation und demokratischen Grundsätzen und um die Wertschätzung von Eltern. Das ist mein letzter Punkt, weil ich nicht das, was Frau Boeddinghaus sagte, wiederholen muss. Ich kann es nur unterstreichen, was sie gesagt hat.

A (Rolf Harlinghausen CDU: Das wäre eine Höchststrafe!)

Es geht um die Wertschätzung, Herr Harlinghausen, und da habe ich große Sorge, weil diese Senatorin bisher nicht in der Lage war, Eltern wertzuschätzen.

(Zurufe von der CDU)

Sie hat alles dazu beigetragen, um die Eltern in jeglicher Richtung zu vergrätzen. Das beste Beispiel war ein volles Audimax mit Eltern, die sich zur Schulentwicklung äußern wollten, und Frau Senatorin war nicht anwesend.

Der Grünen-Fraktion geht es um darum, Demokratie an Schule und Eltern ernst zu nehmen, sie an Schulentwicklung teilhaben zu lassen. Das muss natürlich von der Spitze der Behörde als Erstes vorgelebt werden. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Senatorin Dinges-Dierig.

(Christiane Blömeke GAL: Jetzt redet sie, sonst ist sie nicht da!)

Senatorin Alexandra Dinges-Dierig: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben in der letzten Viertelstunde eine ganze Menge gehört, aber was ich leider nicht gehört habe, ist das Wesentliche, was ich an vielen, vielen Stellen und wöchentlich immer wieder feststelle, wenn ich vor Ort in den Schulen bin: Hunderttausende von Eltern engagieren sich in Hamburg, für hunderttausende ist es eine breite Selbstverständlichkeit, ihre Elternrechte und Mitwirkungsmöglichkeiten im Interesse ihrer Kinder zu nutzen. Dazu sollte man ihnen jetzt erst einmal Danke sagen.

(Beifall bei der CDU)

Sie engagieren sich, wie Sie es vorhin schon gesagt haben, in den Elternräten, in den Kreiselternräten, in der Elternkammer, sie engagieren sich aber auch darüber hinaus nicht nur in Funktionen, sondern in Tätigkeiten direkt an der Schule, beispielsweise in Schulvereinen, als Begleitung auf Klassenfahrten, als Milchmütter oder auch bei der Mitwirkung in Lernmittelausschüssen.

Das alles zeigt, Eltern sind und bleiben eine wichtige Säule in unserem Bildungssystem.

(Beifall bei der CDU)

Eltern nehmen ihre Rechte im Rahmen der Schule sehr unterschiedlich wahr. Auch dieses haben Sie eben schon ausgeführt. Viele, viele Eltern sehen es als eine Chance zur Mitgestaltung, aber wir dürfen auch nicht vergessen, dass manche Eltern aus verschiedenen Gründen nicht an der Schule mitwirken wollen. Ich denke, es gehört auch zu einer freiheitlichen Demokratie, diese beiden unterschiedlichen Verhaltensweisen zu akzeptieren. Rechte per Staatsgewalt durchsetzen zu wollen – ein wenig hörte ich das eben heraus – hieße, aus dem Recht der Eltern eine Pflicht zur Mitwirkung zu machen. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der CDU)

Auf der anderen Seite müssen wir die Haltung der Eltern ernst nehmen, die sagen, wir wirken in der Schule nicht mit, weil wir uns als Eltern nicht ernst genommen fühlen.

C Wir müssen daher die Haltung der Eltern ernst nehmen, weil wir aus Erfahrung wissen, dass die Zufriedenheit der Eltern ebenso wie der Schüler ein ganz wichtiges Qualitätsmerkmal von Schule ist.

Es ist daher unsere Aufgabe, einerseits der Elternarbeit innerhalb der Schule mehr Bedeutung zu geben und andererseits den Zufriedenheitsgrad der Eltern mit ihrer Schule jährlich zu erfragen. Genau das werden wir auch tun.

Die selbstverantwortliche Schule zeichnet sich nämlich gerade dadurch aus, dass die Verantwortung für interne Gestaltung in der Schule beim Schulleiter und nicht bei der Behörde für Bildung und Sport liegt.

Im Gegensatz zu früher werden wir aber hinschauen, wie der Schulleiter diesen Prozess gestaltet. Der jährliche Bericht, auch über das Qualitätsmerkmal Zufriedenheit der Eltern und Schüler, wird diese per Fragebogen ermittelten Ergebnisse beinhalten. Das ist genau das, worauf es ankommt. Der Dialog zwischen Eltern und Schule wird dadurch einen völlig anderen, nämlich einen verbindlicheren Charakter erhalten. Er wird transparent für beide Seiten sein. Er wird daher die Beteiligten anspornen, die Kooperation zwischen Schule und Eltern weiter zu verbessern.

Wenn Eltern den Jahresbericht sehen, werden sie in dem Fall unmittelbar merken, dass ihr Engagement auf fruchtbaren Boden fällt. So werden wir nachhaltig die freiwillige Wahrnehmung der Rechte vonseiten der Eltern fördern.

(Beifall bei der CDU)

D Doch es geht nicht nur um die Unterstützung der Wahrnehmung von Elternrechten. Die gemeinsame Verantwortung von Eltern und Schule zu schärfen und mehr Verbindlichkeit in die notwendige Zusammenarbeit zu bringen, ist für mich ein prioritäres Ziel. Unsere Kinder haben nur dann eine gute Chance, den Bildungsweg erfolgreich zu durchlaufen, wenn sie nicht durch gegenläufiges pädagogisches Wirken von Elternhaus und Schule zerrieben werden.

Daher ist es notwendig, dass Eltern zu dem pädagogischen Konzept der Schule stehen, die ihr Kind besucht. Verträge zwischen Eltern und Schule werden daher die Zukunft sein. Das zeigen bereits die Schulen, auch in Hamburg, in denen schon heute Elternverträge Realität geworden sind, die ergänzend zu Lernvereinbarungen mit den Schülern und auch der altbekannten Hausordnung sind.

Es ist nicht nur der politische Wille des Senats, sondern an dieser Stelle auch mein ganz persönlicher, aus meiner Erfahrung als langjähriges Elternratsmitglied, einerseits ganz eindeutig die Rechte der Eltern zu stärken, andererseits aber auch die Pflichten der Eltern gegenüber der Schule einzufordern.

(Beifall bei der CDU)

Daher nutze ich diese Gelegenheit und richte hier und heute einen Appell an alle Eltern: Machen Sie das Mitwirken in der Schule zu Ihrer Herzensangelegenheit für Ihre Kinder.

(Wilfried Buss SPD: Oha!)

Sehen Sie in dem Schulleiter und in den Lehrkräften die Partner als positives Lernumfeld Ihrer Kinder, mit denen es gilt, Schule zu gestalten. Wir werden von unserer Seite

- A aus alles tun, um Sie dabei zu unterstützen, jetzt und in Zukunft. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/2321 an den Schulausschuss zu, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist die Überweisung einstimmig angenommen.

Bevor wir zum Tagesordnungspunkt 12 kommen, unterbreche ich die Sitzung für einige Minuten.

[Senatsantrag:

Antrag des Senats auf Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Herrn Professor Dr. Helmut Greve und Frau Professor Dr. h. c. Hannelore Greve – Drucksache 18/2814 –]

Laufen Sie nicht zu weit weg. Wir werden fünf Minuten vor sechs mit der Glocke daran erinnern, dass Sie bitte wieder in den Plenarsaal kommen mögen.

Unterbrechung: 17.34 Uhr

Wiederbeginn: 17.53 Uhr

- B **Erste Vizepräsidentin Barbara Duden:** Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet und ich bitte Sie, Platz zu nehmen.

(Präsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Präsident Berndt Röder: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße ganz herzlich in unserer Mitte Frau Professor Dr. Hannelore Greve und Herrn Professor Dr. Helmut Greve.

(Beifall im ganzen Hause)

Zunächst hat das Wort der Erste Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Ole von Beust: Herr Präsident, sehr verehrte Frau Professor Greve, sehr verehrter Herr Professor Greve, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Für den Senat begründe ich den Antrag gegenüber diesem Hause, heute die Ehrenbürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg an Frau Professor Greve und Herrn Professor Greve mit Ihrer Zustimmung zu verleihen.

"Wir haben keinen Adel, keine Patrizier, keine Sklaven, ja selbst nicht einmal Untertanen. Alle wirklichen Hamburger kennen und haben nur einen einzigen Stand, den Stand eines Bürgers. Bürger sind wir alle, nicht mehr und nicht weniger."

Mit diesen Worten versuchte im Jahre 1803 der Hamburger Pädagoge und Publizist Johann Carl Daniel Curio das Leitmotiv traditionellen Hamburger Bürgersinns zu fassen.

Denn ohne landesherrliche oder bischöfliche Oberhoheit, ohne Adel oder Patriziat, galt für jeden Hamburger Bürger dereinst der Satz: *res mea agitur* – jeder Bürger trägt Verantwortung für das Gemeinwohl.

Aus philanthropischen, sozialen oder religiösen Motiven ließen die Bürger andere an ihrem Erfolg teilhaben.

Und so ist in dieser großen Tradition Hamburg das geworden, was wir heute Morgen bei der Einweihung der neuen Räume der Körber-Stiftung hören konnten: Die Hauptstadt der Stiftungen in Deutschland.

Das hat eine lange Geschichte in dieser Stadt und ich möchte hier einige Beispiele nennen. Ich denke an die "Niederländische Armen-Casse", 1585 von Niederländischen Kaufleuten Augsburgischer Konfession gegründet, die auf der Flucht vor der Inquisition des so genannten "eisernen" Herzogs Alba aus den damals spanischen Niederlanden nach Hamburg gekommen waren.

Sie gründeten die Armen-Casse, um in Not geratene Glaubensbrüder zu unterstützen, und schon bald halfen die Niederländer auch alteingesessenen Hamburgern. Heute ist diese Armen-Casse Hamburgs älteste, noch bestehende Wohlfahrtseinrichtung.

Oder ich denke an die Musikhalle, die dank einer testamentarisch verfügtten Spende des legendären Reeders Carl Heinrich Laeisz und seiner Frau Sophie Christine im Juni 1908 eröffnet werden konnte. Hamburg erhielt damals einen erstklassigen Konzertsaal, seinerzeit der größte und modernste in Deutschland und seither eine "würdige Stätte für die Ausübung und den Genuss edler und ernster Musik", wie der Reeder den Stiftungsgedanken einst formulierte.

Oder ich denke an die Bucerius Law School, Deutschlands erste private Hochschule für Rechtswissenschaften, die im Jahre 2000 von der Zeit-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius gegründet wurde und wiederum auf Hamburgs Ehrenbürger Dr. Gerd Bucerius zurückgeht; ein großer Politiker, Publizist und Unternehmer, der die Mediengeschichte geprägt hat.

Neben Bucerius, Laeisz und den Niederländern knüpfen Helmut und Hannelore Greve an diese große Tradition der Stifter und Mäzene an, denen Hamburg ihren Großmut nie ganz wird angemessen danken können.

Helmut und Hannelore Greve gehören zu den bedeutendsten Stiftern in Deutschland. Über Jahrzehnte haben sie Kultur, Wissenschaft und soziale Projekte gefördert; in Hamburg und darüber hinaus, in der ganzen Welt.

Dieses herausragende mäzenatische und stifterische Engagement, mit dem das Ehepaar Greve seine Liebe für diese Stadt und seine Verantwortung für das Land bewiesen hat, lässt sich nicht mit einer bloßen Auflistung würdigen.

Stellvertretend für das wohltätige Wirken von Helmut und Hannelore Greve möchte ich daher die Flügelbauten zur Erweiterung des Universität-Hauptgebäudes zum fünfundsiebzigjährigen Bestehen im Jahre 1994 nennen. Das war seit dem Bau der Laeiszhalle nicht nur die größte Zuwendung an die Freie und Hansestadt Hamburg, sondern das war und ist der Beweis für das unverbrüchliche Bekenntnis der Eheleute Greve zu dieser Stadt; ein Bekenntnis, das die beiden mit der großzügigen Unterstützung für die Elbphilharmonie vor kurzem erneuert haben.

C

D

- A Im Jahre 1991 verlieh die Freie und Hansestadt Hamburg Kurt A. Körber und Alfred C. Toepfer für ihre herausragenden Verdienste um die Bundesrepublik Deutschland, den Wiederaufbau Hamburgs und die Förderung von Wissenschaft und Kultur, in einem gemeinsamen Festakt die Ehrenbürgerwürde.

Alfred Toepfer sagte damals:

"Wem viel gegeben ist, von dem wird viel gefordert".

Ich bin sicher, dass es ihm hierbei nicht nur um die Teilhabe am pekuniären Erfolg ging, sondern es ging ihm um eine Haltung; um die Verpflichtung gegenüber einer Gesellschaft, die einerseits den Freiraum für die Entfaltung der Persönlichkeit und die private Initiative bietet, aber andererseits Gemeinsinn, ganz besonders von den Erfolgreichen, erwartet.

Helmut und Hannelore Greve haben diese Haltung stets vorgelebt.

Mit der Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Helmut und Hannelore Greve ehrt die Freie und Hansestadt Hamburg zum ersten Mal ein gemeinsames Lebenswerk, denn ihr unternehmerischer Erfolg und ihr großzügiges Engagement sind unauflosbar miteinander vereint.

Sie haben sich um unsere Stadt und um unser Land verdient gemacht.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Reinert.

B

Bernd Reinert CDU: Sehr verehrte Frau Professor Greve, sehr verehrter Herr Professor Greve, Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Verleihung der Ehrenbürgerwürde ist die höchste Auszeichnung, die die Freie und Hansestadt Hamburg vornehmen kann und sie ist eine seltene Auszeichnung.

Erstmalig sogar wird sie einem Ehepaar verliehen, einem Ehepaar, das sich gemeinsam handelnd um diese Stadt in höchstem Maße verdient gemacht hat.

Der Bürgermeister hat in seiner Rede zwei bedeutende Projekte genannt, die Herr und Frau Professor Greve durch ihre großzügigen Zuwendungen ermöglicht haben beziehungsweise ermöglichen werden.

Ein drittes für diese Stadt wichtiges Projekt sei dem hinzugefügt. Das ist der Erweiterungsbau der Musikhochschule, denn gerade an diesem wird die Verbindung von Kultur und Wissenschaft deutlich, zwei der Bereiche, die Ihnen beiden besonders am Herzen liegen.

Das sind herausragende Stiftungen für unsere Stadt, weithin sicht- und spürbar, von großer Nachhaltigkeit und Impulse in die Stadt und darüber hinaus aussendend.

Aber Ihr Mäzenatentum beschränkt sich nicht auf das Spektakuläre. Vieles geschieht im Verborgenen. Und anderes, nicht weniger Bedeutendes, wird von der Öffentlichkeit weniger wahrgenommen. Als Beispiel hierfür möchte ich das Denkmal für die Geschwister Felix und Fanny Mendelssohn nennen, das durch Ihre Zuwendungen in der Nähe des Geburtshauses der beiden an der heutigen Ludwig-Ehrhard-Straße errichtet werden konnte.

Dass die Welt heute nicht nur Felix Mendelssohn-Bartholdy, sondern auch seine Schwester Fanny Hensel-Mendelssohn kennt, gehört, sehr verehrte Frau Professor Greve, zu Ihren Verdiensten. Sie haben in Ihrer Rede zur Einweihung dieses Denkmals zu Recht herausgehoben, dass Fanny Hensel nicht nur eine besondere Stütze für ihren Bruder, sondern selbst eine bedeutende Komponistin von eigenem Rang war.

C

Und dieses Verhältnis der Geschwister Mendelssohn zueinander ist in meinen Augen auch kennzeichnend für Sie. Sie sind einander Stütze und vollbringen gemeinsam wichtige Taten, aber Sie sind auch jeder für sich bedeutende Persönlichkeiten von eigenem Rang. Sie bewegen Menschen, Sie initiieren Entwicklungen, Sie packen zu und übernehmen Verantwortung. Und aufbauend auf Ihrem tief verwurzelten christlichen Glauben teilen Sie Ihren wirtschaftlichen Erfolg mit der Stadt und tun den Menschen Gutes.

Im Namen der CDU-Fraktion danke ich Ihnen hierfür.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident Berndt Röder: Sodann gebe ich das Wort dem Abgeordneten Neumann.

Michael Neumann SPD: Sehr geehrtes Ehepaar Greve, Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren!

Für die Verleihung der Hamburgischen Ehrenbürgerwürde gibt es, was uns eigentlich in Deutschland wundern muss, keine schriftlichen Bestimmungen. Ursprünglich wurde sie ausschließlich an Nicht-Hamburger verliehen, die sich um unsere Stadt so verdient gemacht haben, dass wir sie zu "einem der unsrigen" machen wollten.

D

Nach dem Zweiten Weltkrieg im Jahre 1948 wurde dann aber entschieden, dass man das Ehrenbürgerrecht auch gewähren kann, wenn die Verdienste über den Rahmen Hamburgs hinausgehen.

Sie, sehr verehrtes Ehepaar Greve, haben die Ehrenbürgerschaft nach beiden Grundsätzen verdient. Sie haben viel für Hamburg in Hamburg und viel für Hamburg in der Welt getan. Daher stimmt meine Fraktion dem Antrag des Senates zu, Ihnen die Ehrenbürgerwürde der Freien und Hansestadt Hamburg zu verleihen.

Ich möchte nicht verheimlichen, Herr und Frau Greve, und wir haben auch hierüber gesprochen, dass meine Fraktion über das Vorgehen während des Wahlkampfes durch den Bürgermeister enttäuscht waren und sind.

Es war bisher immer ein guter Brauch, dass möglichst ein Einvernehmen der Fraktionen angestrebt wurde, bevor der Senat seine Entscheidung traf. Es mag Gründe des Bürgermeisters gegeben haben, diese Tradition zu brechen, was ich nicht verstehe. Aber dieses kann und soll ausdrücklich keinen Schatten auf die Auszeichnung Ihrer Lebensleistungen für Hamburg werfen.

Sie haben – und das wurde schon vom Bürgermeister und Herrn Reinert berichtet – viel für Hamburg getan. Sie haben die Flügelbauten der Universität geschaffen und Sie haben auch eine sehr großzügige Unterstützung für den Bau der Elbphilharmonie angeboten, die der Senat und auch wir alle sehr gern angenommen haben. Das

- A sind diejenigen Projekte, die in der Öffentlichkeit herausragen.

Sie haben aber viel mehr noch im Kleinen, ja oft auch im Verborgenen gewirkt; sei es in der Welt in Südamerika oder auch hier in unserer Stadt. Sie haben mit Ihrer Arbeit gezeigt, dass man auch mit kleinen Dingen ganz Großes bewegen kann.

Ich bin Ihnen daher auch sehr dankbar, dass Sie sich bereit erklärt haben, alles dafür zu tun, damit rund um den Kindergarten "Marienkäfer" in Marienthal im wahrsten Sinne des Wortes Ruhe einkehrt und eine gute sowie einvernehmliche Lösung gefunden wird.

Sehr geehrtes Ehepaar Greve, am Anfang unserer Verfassung steht, dass unsere Stadt im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern sein soll. Das ist ein hoher Anspruch. Sie haben sich diesen Anspruch zur Aufgabe gemacht und auch hier mit vielen kleinen, aber oftmals um so effektiveren Projekten viel erreicht.

In diesem Zusammenhang möchte ich ein Beispiel nennen, und zwar das "Kuh-Programm". Nun werden sich viele fragen, was das "Kuh-Programm" ist. Das Ehepaar Greve hat Kühe gekauft und hat sie Familien im ehemaligen Jugoslawien anvertraut, jedoch mit der Auflage, die Kälber der Kühe an die Nachbarn im Dorf weiterzugeben, gleichwohl, ob der Nachbar Christ ist, Muslim oder einer anderen Religion angehört.

Diese einfache Idee hat geholfen, vielen Dorfgemeinschaften in Ex-Jugoslawien Frieden und Wohlstand zurückzubringen. Das haben Sie getan, ohne die Schlagzeilen zu suchen.

B

Helmut Schmidt zitiert immer den Satz unserer Verfassung:

"Jedermann hat die sittliche Pflicht, für das Wohl des Ganzen zu wirken."

Sie, liebes Ehepaar Greve, gehören zu denjenigen Bürgern unserer Stadt, denen erfolgreiches Unternehmertum zugleich Verpflichtung für die Gesellschaft bedeutet.

Hierfür gebührt Ihnen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Sehr geehrte Frau Professor Greve, sehr geehrter Herr Professor Greve, Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir wollen tatsächlich heute zum ersten Mal in Hamburgs Geschichte gleich zwei Personen mit der Ehrenbürgerschaft der Stadt Hamburg auszeichnen.

Sie beide verkörpern eine Idee, die hier gleichfalls ausgezeichnet werden soll. Das ist die Idee des Mäzenatentums.

Margaret Thatcher sagte einmal sinngemäß:

"Nicht einer würde sich an den Barmherzigen Samariter erinnern, wenn er nur gute Absichten gehabt hätte. Er hatte auch Geld."

Jede Zeit kannte also ihre Mäzene. Ob nun Horaz vom römischen Kaufmann Maecenas gefördert wurde oder Goethe vom Herzog von Weimar.

C

In Deutschland trat im 19. Jahrhundert neben das fürstliche und adlige Mäzenatentum, welches immer den Charakter des Benefiziums trug, das Mäzenatentum der Bürger ein. Es war auch eine Chance für politische Mitwirkung auf Gebieten, die bis dahin von kommunalen Verwaltungen und staatlichen Obrigkeiten kaum wahrgenommen wurden, nämlich Kultur und Wissenschaft. Dieser Anspruch auf Einflussnahme über kulturelles Handeln unterschied das bürgerliche Engagement von jeher substanziell von fürstlicher Wohltäterschaft.

Heutzutage werden die Gelder der öffentlichen Hand immer knapper, sodass Unternehmen, Stiftungen – wie beispielsweise die "Jungius-Stiftung" – oder aber wohlhabende Privatpersonen mehr und mehr diese Finanzierung von Kultur und Wissenschaft übernehmen.

Das moderne Mäzenatentum ist jedoch nicht bedingungslos. So knüpfte das Bankhaus Metzler seine erste Millionenspende für die Frankfurter Museen an die Forderung, dass die zweite Million erst fließen würde, wenn die begünstigten Institute ihrerseits einen Betrag in derselben Höhe aus neuen Quellen nach festgelegten Spielregeln und Quoten gesammelt hätten.

Vor kurzem fragte Deutschlandradio Kultur unter dem Titel "Die Macht der Mäzene", inwieweit die bevorstehende Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland den schon bestehenden Sponsoring-Boom im Sport noch weiter anheizen und inwieweit es hier nicht weniger um großzügiges Mäzenatentum als um knallharte Wirtschaftsinteressen gehen würde.

D

Das Mäzenatentum – die Mäzene – bewegen sich also immer in dem Spannungsfeld zwischen der Begrenztheit finanzieller staatlicher Möglichkeiten und den scheinbar unbegrenzten Möglichkeiten des Marktes, also zwischen großzügiger Spende, einer Leistung ohne Gegenleistung, und der Möglichkeit persönlicher Einflussnahme über kulturelles und wirtschaftliches Handeln.

Beurteilt man nun dieses Spannungsfeld von außen, kann man zu sehr unterschiedlichen Schlüssen kommen. Für die einen steht die Großzügigkeit der Spender im Vordergrund, während die anderen vielleicht als überwiegendes Motiv eher den Willen zur indirekten Einflussnahme vermuten. Dieses Spannungsfeld zeichnete sich auch bei uns in der Fraktion im Vorfeld ab und wird sich im Abstimmungsverhalten der einzelnen Abgeordneten widerspiegeln.

Fest steht für mich: Die moderne Zeit braucht genauso Mäzene, wie die alten Römer sie benötigt haben. Der Staat ist immer weniger in der Lage, kulturelle und wissenschaftliche Förderung aus eigenen Mitteln in der Höhe zu betreiben, in der wir sie benötigen.

Fest steht auch: Es gibt viele Menschen, die viel Geld besitzen, aber es gibt nur wenige, die viel Geld davon abgeben.

Zu diesen wenigen gehören Sie, sehr geehrte Frau Greve, sehr geehrter Herr Greve. Sie haben sich nicht nur in Hamburg, sondern auch, wie schon vernommen, bundesweit und international – erwähnen möchte ich hier das Kinderheim in Rumänien – mit Spenden und Stiftun-

A gen um das Gemeinwohl verdient gemacht. Hamburg
verdankt Ihnen vieles.

C

Lassen Sie mich meinen Beitrag zu Ihrer Ehrenbürger-
schaft mit einem Zitat von Erich Fromm beenden:

"Nicht der ist reich, der viel hat, sondern der, der viel
gibt".

Dankeschön.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe
ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte dem Antrag des Senates folgen und zustim-
men, dass Frau Professor Dr. Hannelore Greve und Herr
Professor Dr. Helmut Greve das Ehrenbürgerrecht der
Freien und Hansestadt Hamburg verliehen wird? – Ge-
genstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dieses ist dann
mit sehr großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen und
einigen Stimmenthaltungen so beschlossen.

Die Bürgerschaft hat damit das ihrige getan.

Meine Damen und Herren! Senat und Bürgerschaft bitten
die geladenen Gäste zum anschließenden Festakt in den
großen Festsaal unseres Rathauses.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Beifall im ganzen Hause)

B **Schluss: 18.14 Uhr**

D

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der
von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigier-
ten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten
Tanja Bestmann, Andreas Ernst, Dr. Natalie Hochheim, Katja
Husen und Wolfgang Müller-Kallweit.

Anlage

(siehe Seiten 2051–2054)

Fragestunde der Bürgerschaft am 29. September 2005**hier: Protokollerklärung**

Mit Schreiben vom 24. Oktober 2005 erklärte die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Folgendes zu Protokoll:

"Zur zweiten Nachfrage von Frau Dr. Verena Lappe

Vorbemerkung:

Die Lehrschwimmbecken der Schulen sind noch nicht geschlossen. Anfragen einzelner Schulen nach Ersatzschwimmzeiten sind bei der BLH nicht eingegangen.

Seit Beginn des Schuljahres 2005/2006 findet im Bismarckbad kein Schulschwimmen mehr statt. Die betroffenen Schulen sind ausgewichen in die Bäder St. Pauli, Elbgaustraße sowie in das Bad des VAF (Verein aktive Freizeit e. V.). Diese Zuweisungen von Schwimmzeiten sind grundsätzlich auch für das Schuljahr 2006/2007 vorgesehen. Folgende Tabelle gibt eine Übersicht über die genaue Zuordnung der Ausweichbäder zu Schulen, die bislang das Bismarckbad genutzt haben:

Schule	Schwimmbad
Theodor-Haubach-Schule	Bäderland Hamburg GmbH, RB St. Pauli
Schule Königstraße	Bäderland Hamburg GmbH, RB Elbgaustraße
Schule Carsten-Rehder-Straße	Bäderland Hamburg GmbH, RB St. Pauli
Schule Arnkielstraße	Bäderland Hamburg GmbH, RB St. Pauli
Schule Rothestraße	Schwimmbad des Vereins Aktive Freizeit e. V.
Kath. Schule St. Marien – Eulenstraße	Bäderland Hamburg GmbH, RB St. Pauli
Gymnasium Allee	Bäderland Hamburg GmbH, RB St. Pauli
Schule Bahrenfelder Straße	Bäderland Hamburg GmbH, RB St. Pauli
Schule Othmarscher Kirchenweg	Schwimmbad des Vereins Aktive Freizeit e. V.
Max-Brauer-Schule	Schwimmbad des Vereins Aktive Freizeit e. V.
Rudolf-Steiner-Schule Hamburg Altona	Schwimmbad des Vereins Aktive Freizeit e. V.
Schule Mendelssohnstraße	Schwimmbad des Vereins Aktive Freizeit e. V.

Für öffentliche Nutzer aus dem Bezirk Altona steht darüber hinaus das Kaifu-Bad zur Nutzung zur Verfügung.

Zur zweiten Nachfrage von Frau Britta Ernst

Die Adressen der Kitas, die das Bismarckbad nutzen, werden nicht erfasst. Feste Nutzungszeiten sind ebenfalls nicht vereinbart. Die Kitas können das Bismarckbad zu einem vergünstigten Tarif von montags bis freitags zwischen 8 und 16 Uhr nutzen.

Zur zweiten Nachfrage von Frau Doris Mandel

Siehe Antwort zur zweiten Nachfrage von Frau Dr. Lappe.

Zur Frage von Herrn Lars Dietrich

Ja. Die Schwimmhalle Harburg wurde Ende Oktober 1995 geschlossen. Das neue Freizeitbad MidSommerland wurde im August 1996 in Betrieb genommen. In der Übergangszeit haben die betroffenen Schulen Schwimmzeiten in den Bädern in Wilhelmsburg und Süderelbe zugewiesen bekommen. Mit Inbetriebnahme des Freizeitbades MidSommerland wurde den Schulen und Kitas dieses Bad zur Mitnutzung angeboten. Der Nutzungsumfang war jedoch geringer als der bisherige Nutzungsumfang in der alten Schwimmhalle Harburg.

Zur zweiten Frage von Herrn Lars Dietrich

Die Kinder der Kitas erhalten in der Regel keinen "Schwimmunterricht", da den Begleitpersonen die entsprechende Ausbildung fehlt.

Auch Mitte der 90er Jahre galten die heutigen Sondertarife für die Kitas. Auch damals wurden die Adressen der Kitas, die die BLH-Bäder nutzten, nicht erfasst. Die Kitas, die zuvor die geschlossene Schwimmhalle Harburg genutzt hatten, konnten ebenso wie die Schulen in die BLH-Bäder Wilhelmsburg und Süderelbe ausweichen."